



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Plenarprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 9. Wahlperiode: 1975/76

26.05.1977 - Plenarprotokoll - 39. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

39. Sitzung

am Donnerstag, dem 26. Mai 1977

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung	2539
Abg. Neumann (CDU) zur Geschäftsordnung	2539

Bericht über die Situation der berufstätigen Frauen im Land Bremen

Antrag der Fraktion der SPD
vom 4. Mai 1977
(Drucksache 9/493)

Abg. Hede Lütjen (SPD)	2540
Abg. Ingeborg Förster (CDU)	2541
Abg. Gisela Hüller (FDP)	2544
Abstimmung	2545

Ursachen und Verhinderung von Kinderunfällen im Verkehr

Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. Mai 1977
(Drucksache 9/498)

Abg. Dr. Cassens (CDU)	2546
Senator für Inneres Fröhlich	2548
Abg. Dittrich (SPD)	2549
Abg. Jettka (SPD)	2550
Abg. Storm (FDP)	2551
Abg. Feuß (SPD)	2553
Abstimmung	2553

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Land Bremen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 11. Mai 1977

(Drucksache 9/500)	2553
--------------------	------

Hamme-Niederung

Antrag der Fraktion der FDP
vom 11. Mai 1977
(Drucksache 9/501)

Abg. v. Groeling-Müller (FDP)	2554
Abg. Brasse (CDU)	2555
Abg. Meyer (SPD)	2556
Abg. v. Groeling-Müller (FDP)	2557
Abg. Schumacher (CDU)	2557
Abstimmung	2558

Verteilung der Umsatzsteuer

Antrag der Fraktion der FDP
vom 11. Mai 1977
(Drucksache 9/502)

Abg. Lahmann (FDP)	2558
Abg. Klein (CDU)	2560
Abg. Dr. Scherf (SPD)	2563
Abstimmung	2565

Einrichtung von Unterhaltsvorschußkassen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 11. Mai 1977
(Drucksache 9/503)

Abg. Gisela Hüller (FDP) 2565
Abg. Marlis Stuchlik (SPD) 2566
Abg. Ehlers (CDU) 2567
Abstimmung 2567

Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft (Tagesordnung); Aufhebung der Immunität

Antrag der Mitglieder des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses vom 23. Mai 1977
(Drucksache 9/514)

D a z u

Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses vom 23. Mai 1977

(Drucksache 9/515) 2567

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Ostendorff, Eva Schütte.

Präsident Dr. Klink

Vizepräsident Ehlers

Schriftführer Käthe Hoffrage

Bürgermeister **Dr. Franke** (SPD), Senator für Soziales, Jugend
und Sport und für Arbeit

Senator für Bildung **Thape** (SPD)

Senator für Inneres **Fröhlich** (SPD)

Senatsdirektor **Dr. Heidorn** (Senator für Arbeit)

Senatsdirektor **Dr. Kahrs** (Senator für Inneres)

Senatsdirektor **Kulenkampff** (Senator für das Bauwesen)

Senatsdirektor **Pietsch** (Senator für Soziales, Jugend und Sport)

Senatsdirektor **Stahl** (Senator für Finanzen)

- (A) Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung um 10.15 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die 39. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse recht herzlich.

Folgende Gruppen sind anwesend: Eine Klasse des Schulzentrums Bergiusstraße, eine Klasse des Schulzentrums Helsinkistraße, eine Klasse der Hauptschule Auf den Heuen und eine Klasse des Gymnasiums Horn.

Ich begrüße die Zuhörer sehr herzlich in unserem Kreis.

(Beifall)

Die Eingänge bitte ich dem verteilten Umdruck zu entnehmen.

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

1. Kinder- und Jugendkriminalität

Antrag der Fraktion der FDP
vom 25. Mai 1977
(Drucksache 9/518).

2. Ansteigen der Kinder- und Jugendkriminalität

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 25. Mai 1977
(Drucksache 9/519).

Die Eingänge kommen auf die Tagesordnung der Juni-Sitzung.

- (B) Wir treten in die Tagesordnung ein.

Meine Damen und Herren, es würde jetzt zur Beratung anstehen der Punkt „Situation der berufstätigen Frauen“. Bürgermeister Dr. Franke hat mich gebeten, mit Rücksicht darauf, daß er jetzt einen Termin hat, der sich nicht aufschieben läßt — er konnte ihn gestern nicht voraussehen —, eine Veränderung der Tagesordnung vorzunehmen. Das würde heißen, daß wir jetzt nicht mit dem „Bericht über die Situation der berufstätigen Frauen“ fortfahren, sondern daß wir Punkt 14, „Ursachen und Verhinderung von Kinderunfällen im Verkehr“, vorziehen.

Wären Sie mit einer solchen Änderung einverstanden?

Das Wort hat der Abgeordnete Neumann zur Geschäftsordnung.

Abg. Neumann (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind nicht mit der Umstellung der Tagesordnung einverstanden, weil es so kurzfristig nicht möglich ist, sich darauf einzustellen. Der betreffende Kollege beispielsweise, der zu Punkt 14 Stellung nehmen wollte, ist zumindest momentan noch nicht anwesend. Das gleiche gilt für den übernächsten Punkt, bei dem wir auch noch in der Vorbereitung sind.

(Lachen bei der SPD)

Dieses vorgeschlagene Verfahren ist doch ungewöhnlich! Wir sind im allgemeinen bereit, Umstel-

lungen vorzunehmen, aber das eine Minute vor Beginn der Debatte zu tun, halte ich für ungewöhnlich.

(C)

Präsident Dr. Klink: Herr Neumann, ich habe es auch erst um 9 Uhr erfahren und habe dann — selbstverständlich ohne Verbindlichkeit — mit einigen Vertretern der Fraktionen gesprochen, so daß die Fraktionen vor Beginn Bescheid wußten. Aber dies steht selbstverständlich in der Disposition des Hauses.

(Abg. v. Hassel [SPD]: Bitte der Reihe nach!)

Es wird angeregt, der Reihe nach zu verfahren, so daß wir jetzt mit Punkt 13 beginnen.

Ich darf dann bitten, daß das sofort Herrn Bürgermeister Dr. Franke telefonisch mitgeteilt wird, so daß er sich darauf einstellen kann. Vielleicht hat er die Möglichkeit, doch eher zu kommen.

Bericht über die Situation der berufstätigen Frauen im Land Bremen

Antrag der Fraktion der SPD
vom 4. Mai 1977
(Drucksache 9/493)

Der Antrag Drucksache 9/493 trägt die Unterschriften der Abgeordneten Hede Lütjen, Schmidt, Kähler und Fraktion der SPD. Er liegt den Abgeordneten gedruckt vor.

(D)

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, daß die allgemeine Situation der Frauen in der heutigen Gesellschaft und die damit verbundene Benachteiligung in Ausbildung und Weiterbildung die beruflichen Möglichkeiten der Frauen entscheidend beeinträchtigen.

Die Bürgerschaft (Landtag) ist ferner der Meinung, daß eine qualifizierte Berufsausbildung auch für Frauen eine Voraussetzung für eine jederzeit mögliche eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts und des Lebensstandards ist, wie es das im Bundestag verabschiedete Ehe- und Familienrecht vorsieht.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat daher auf, baldmöglichst einen Bericht über die Situation der berufstätigen Frau im Land Bremen zu erstellen.

Der Bericht sollte dabei folgende Punkte besonders berücksichtigen und dabei einen Vergleich mit den entsprechenden Daten der berufstätigen Männer ermöglichen:

1. Wohnbevölkerung im Land Bremen aufgeteilt nach
 - Lebensalter
 - Familienstand
 - Berufstätigkeit

2. Frauenerwerbstätigkeit im Land Bremen

- a) Stand und Entwicklung
 - Erwerbsbeteiligung
 - Altersstruktur
 - Familienstand
- b) Berufliche Situation
 - Stellung im Beruf (Angestellter, Arbeiter, Beamter)
 - ausgeübter Beruf
 - Wirtschaftszweig
 - Teilzeitarbeit
- c) Lohnsituation
 - Leichtlohngruppen

- (A)
- Arbeitervdienste in der Industrie
 - Angestelltenverdienste in Industrie und Handel
 - d) Frauenbeschäftigung im öffentlichen Dienst
 - Teilzeit- und Vollbeschäftigung
 - Ausbildungsniveau
 - Lohnsituation (Vergütung, Besoldung)
3. Schulische und berufliche Ausbildung
- a) allgemeine Schulbildung der berufstätigen Frauen
 - b) betriebliche Berufsausbildung / Stellung im Betrieb
 - c) Berufsausbildungssituation weiblicher Arbeitnehmer
 - Berufsschülerinnen mit/ohne Ausbildungsvertrag (Problem der Jungarbeiterinnen)
 - Konzentration auf bestimmte Ausbildungsberufe
4. Frauenarbeitslosigkeit
- a) Bestand und Entwicklung der Frauenarbeitslosigkeit
 - Anteil an der Gesamtarbeitslosigkeit
 - Altersstruktur
 - b) Arbeitslosigkeit und Bildungsstruktur
 - c) Dauer der Arbeitslosigkeit
 - d) Arbeitslosigkeit weiblicher Jugendlicher
 - e) Teilzeitarbeitsuchende
 - f) Angestellte, gewerbliche Arbeitnehmerinnen
 - g) nach Berufsgruppen

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Lütjen.

Es ist eine Redezeit von bis zu 30 Minuten pro Fraktion vorgesehen.

Abg. Hede Lütjen (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Vergangenheit ist in diesem Parlament — meiner Erinnerung nach wenigstens — wenig über Frauenprobleme diskutiert worden, höchstens in der Fragestunde einmal, aber nicht so ausführlich, wie es diesem Bereich gebührt.

Es ist in unserer Gesellschaft wohl auch noch so, daß jeder sich in erster Linie für die Dinge einsetzt, die ihn persönlich oder den ihm nahestehenden Personenkreis betreffen. So wird es wohl Aufgabe der Frauen sein, in den politischen Gremien sich vorrangig für die eigenen Belange und die Probleme im Interesse aller einzusetzen. Ohne die Verdienste einzelner Männer zu schmälern, muß man sagen, daß sie in der Regel sich nicht dazu aufgerufen fühlen, für die Verbesserung der Situation der Frau aktiv einzutreten. Wir haben zwar in unserer Partei führende Leute — mir fällt zum Beispiel gerade August Bebel ein —, die sich sehr aktiv dafür eingesetzt haben, es sind aber immer nur einige gewesen.

Ich will es den Männern auch gar nicht zum Vorwurf machen, denn durch Erziehung und Umwelteinflüsse ist ihnen eingeprägt worden, daß wir als Adams Rippe eben nur Nebenprodukt sind.

(Heiterkeit bei der SPD)

Allein die Tatsache, daß die Frauen die Kinder bekommen, hat jahrhundertlang den Gesetzgebern genügt, ihnen auch gleichzeitig die Rolle der Hüterin des Hauses zuzuschreiben.

Wir wissen aber, daß das nicht unbedingt die logische Schlußfolgerung zu sein braucht. Sozialdemokraten haben sich denn auch schon vor über

hundert Jahren dafür eingesetzt, den Frauen die gleichen Rechte wie den Männern zuzuerkennen. 1875 setzten sie sich bereits für das Wahlrecht für Frauen ein und 1921 schon für das Recht der Frau auf Erwerb.

Wir wissen heute alle, daß die Zeit des Nationalsozialismus mit seiner Verherrlichung der Mutter-schaft, hinter der im übrigen handfeste politische und wirtschaftliche Interessen steckten, das Ziel der Gleichberechtigung wie so vieles andere auch um Jahre zurückgeworfen hat. Den Vätern des Grundgesetzes sei daher noch einmal gedankt, daß sie 1949 in Artikel 3 die Gleichbehandlung von Mann und Frau als Grundrecht verankert haben.

Nach dieser kurzen Einleitung darf ich Ihnen jetzt vielleicht unseren Antrag auf die Forderung nach einem Bericht begründen! In der Bremischen Landesverfassung heißt es in Artikel 8: „Jeder hat die sittliche Pflicht zu arbeiten und ein Recht auf Arbeit. Jeder hat das Recht, seinen Beruf frei zu wählen.“ Dieser Artikel deckt sich im zweiten Satz mit dem Grundgesetz Artikel 12, in dem die freie Berufswahl in gleicher Form geregelt ist. Nicht weiter verwunderlich, denn die Bremische Landesverfassung ist zwei Jahre älter als das Grundgesetz! Allerdings muß man in diesem Zusammenhang auch den Artikel 3 des Grundgesetzes noch einmal hervorheben, in dem davon gesprochen wird, daß alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind und keiner wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, Rasse oder Sprache benachteiligt werden darf.

Meine Damen und Herren, wo aber sind diese Rechte für Frauen sichtbar realisiert worden? Sehen wir uns doch die Situation der Frauen heutzutage an! Durch das neue Ehe- und Familienrecht, das die Versorgungsehe verneint und die Partnerehe voraussetzt, sind die Frauen mehr als bisher verpflichtet, eine qualifizierte Berufsausbildung anzustreben. Sie müssen nach einer gescheiterten Ehe versuchen, wieder in das Berufsleben zurückzukehren. Sie müssen versuchen, selbst für ihren Lebensunterhalt zu sorgen. Tatsache ist jedoch, daß durch eine mangelhafte Berufsausbildung dieser Weg enorm erschwert wird.

In der Bundesrepublik stellen die Frauen 52,3 Prozent der Gesamtbevölkerung und damit die Mehrheit, behandelt werden sie jedoch wie eine Minderheit. Berufstätig sind davon zirka 34 Prozent. Beschäftigt sind sie allerdings schwerpunktmäßig in un- oder angelernten Berufen. Die Hälfte aller Arbeitnehmerinnen ist in den drei Berufssparten Textil- und Bekleidungsberufe, Warenkaufleute, Organisations- und Büroberufe tätig. Ein Einbruch in typisch männliche Berufe ist ihnen bisher kaum gelungen. Oft werden für die Ablehnung einer Bewerbung recht vordergründige Argumente gebracht. Meist wird die Bewerbung eines Mädchens ohne weitere Begründung abgelehnt. Später erfährt es dann, daß ein Junge bevorzugt wurde.

Die Ursache solchen Verhaltens, auch bei den Arbeitgebern, liegt auch hier zweifellos in der Er-

(C)

(D)

- (A) zziehung. Die Fixierung auf ein bestimmtes Rollenverhalten in unserer Gesellschaft ist auch heute noch sehr stark ausgeprägt.

(Beifall bei der SPD — Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz)

So ergab eine Untersuchung von Infas über die Rolle des Mannes und ihren Einfluß auf die Wahlmöglichkeiten der Frau, daß sich das Rollenverständnis auch dann fortsetzt, wenn die Frau selbst berufstätig ist. Die Hausarbeit fällt weiter in die Zuständigkeit der Frau.

Aus diesem Grund sind gerade junge Mädchen in ihrer Persönlichkeitsentfaltung sehr viel mehr von Arbeitslosigkeit betroffen als die jungen Männer. Ein arbeitsloses Mädchen wird in der Regel zur Hausarbeit zu Hause herangezogen. Es verliert damit den Kontakt zu Gleichaltrigen und sieht nur noch ein Ziel: die Ehe, um ausbrechen zu können. Jungen billigt man zu, daß sie sich mit Gleichaltrigen treffen, und man zieht sie auch immer noch nicht so sehr zur Hausarbeit heran wie die Mädchen.

Die Folgen solchen Fehlverhaltens: Die Frauen werden wieder als un- oder angelernte Kräfte eingesetzt. Der Verdienst der berufstätigen Frauen liegt denn auch um 30 Prozent unter dem der Männer. Entsprechend fällt natürlich auch der Rentenanspruch aus.

- (B) Frauen sind eben doch die Reservearmee. Sie werden immer nur dann in den Arbeitsprozeß einbezogen, wenn die allgemeine wirtschaftliche Situation es notwendig macht. Immer dann, wenn die Arbeitsmarktlage sich verschlechtert, soll die Frau sich wieder auf ihre Rolle als Hausfrau und Mutter besinnen. Dann wird noch mit Lockmitteln wie dem Erziehungsgeld argumentiert, um sie als Konkurrenz des Mannes am Arbeitsplatz nicht behalten zu müssen.

Wie sieht die Arbeitsmarktsituation denn zur Zeit aus? Bei einem Anteil der Erwerbstätigen von 34 Prozent stellen die Frauen einen Anteil von 51,4 Prozent der Arbeitslosen in der Bundesrepublik. Von Arbeitgeberseite wird argumentiert, die Schönewetter-Gesetze der sozialliberalen Koalition seien schuld an dem erhöhten Arbeitsplatzrisiko der Frauen. Solange die Mutterschaft — wenn auch nur teilweise — zu Lasten der Arbeitgeber ginge, verringere sie die Beschäftigungschancen der Frau. Die Forderung nach Mindestlöhnen vermindere die Beschäftigungsmöglichkeiten, da das Produktionsniveau unter dem Mindestlohniveau liege. Dieses Argument wird übrigens auch für Jugendliche benutzt.

In Bremen sieht die Situation der Frau nicht anders aus. Im Vergleich zum Bundesgebiet liegt die Zahl der berufstätigen Frauen mit 29 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt. Auch hier liegt der Anteil an der Arbeitslosenzahl überdurchschnittlich hoch. Ende März wurden in Bremen 7 539 arbeitslose Frauen gezählt und 8 866 arbeitslose Männer.

- (C) Die Mehrzahl dieser Frauen ist den Angestelltenberufen zuzuordnen und dadurch von Rationalisierungsmaßnahmen besonders betroffen. Daß 3 025 Frauen an einer Teilzeitarbeit interessiert sind, läßt sich leicht erklären. Da braucht man nur wieder auf das Rollenverständnis zu verweisen.

Das sind nur einige Punkte, die die Situation der berufstätigen Frau und deren Diskriminierung am Arbeitsplatz, bei der Arbeitszuteilung und in der Gesellschaft aufzeigen. Der Bericht, den wir fordern, soll uns dazu die klaren Fakten liefern. Durch die Leitlinien der Arbeitsmarktpolitik, die hier bereits diskutiert wurden, ist klar geworden, daß für die Frauen in diesem Land etwas getan werden muß. Wir möchten mit diesem Bericht versuchen, gezielt dort mit einer Verbesserung einzusetzen, wo die schlimmsten Benachteiligungen sichtbar werden. Das kann zum Beispiel in der Berufsausbildung sein. Warum können nicht Mädchen im technisch-gewerblichen Bereich ebenso tüchtig sein wie die Jungen?

(Beifall bei SPD und CDU)

Körperliche Arbeit wird in diesen Bereichen doch kaum noch verlangt. Aber das Ergebnis des Berichts kann auch die Forderung nach einer Berufsausbildungspflicht sein oder der Wegfall der Altersgrenze für Frauen im Arbeitsförderungs- und Berufsausbildungsgesetz, das den Frauen, die noch für schulpflichtige Kinder zu sorgen haben, den Weg zu einer qualifizierten Weiterbildung enorm erschwert.

(D) Die Liste der Forderungen ließe sich beliebig verlängern. Sinnvoll können sie jedoch erst diskutiert werden, wenn der Bericht vorliegt. Wir bitten daher auch den Senat, diesen Bericht sorgfältig zu erstellen. Unsere Forderung, ihn baldmöglichst vorzulegen, bedeutet nicht, daß er schon in der nächsten Bürgerschaftssitzung vorliegen soll. Es ist schon im Interesse der berufstätigen Frauen im Land Bremen, die entscheidend am Wiederaufbau mitgewirkt und einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dargestellt haben, wichtig, daß hier verantwortlich gehandelt wird. Die Zeiten, da man uns Frauen durch schöne Reden — oft noch wissenschaftlich verbrämt — wieder in die Zentralschaltstelle des Haushalts oder, kürzer gesagt, in die Küche verweisen will, müssen der Vergangenheit angehören.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ehlers: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Förster.

Abg. Ingeborg Förster (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion begrüßt den Antrag der SPD, und wir sehen dem Bericht — genau wie Sie, liebe Frau Lütjen — mit Interesse entgegen.

Ich möchte jetzt zu den einleitenden Sätzen des Antrags Stellung nehmen.

In dem viel zitierten und meines Erachtens völlig überflüssigen Jahr der Frau fragte eine Hörerin

- (A) Radio Eriwan: „Erhöhen sich im Jahr der Frau auch unsere wirtschaftlichen Chancen?“ Antwort von Radio Eriwan: „Im Prinzip ja! Aber man muß ein Mann sein, um sie zu nutzen.“

(Beifall und Heiterkeit)

Nun, die wirtschaftlichen Chancen der Frauen in der Bundesrepublik Deutschland wie auch im Land Bremen haben noch nie so schlecht gestanden wie heute. Im sogenannten Jahr der Frau bahnte sich an, was wir heute feststellen: eine überproportional gestiegene Arbeitslosigkeit.

Im Land Bremen sieht das so aus: In der Zeitspanne September 1975 bis September 1976 stieg die Arbeitslosigkeit bei Frauen um 15,8 Prozent, während im gleichen Zeitraum die Arbeitslosigkeit bei den Männern um 5,8 Prozent stieg, was auch schon schlimm genug ist.

Wenn im Herbst dieses Jahres wiederum die Jahresanalyse auf dem Tisch liegt, wird sich aller Voraussicht nach eine noch höhere Steigerung der Frauenarbeitslosigkeit erweisen. Die absoluten Zahlen von April 1977 zeigen, daß die Quote der arbeitslosen Frauen — und das sagten Sie auch, Frau Lütjen — mit fast 50 Prozent gleich hoch wie die der Männer liegt, obwohl im Land Bremen nur etwa 30 Prozent der Frauen berufstätig sind.

- (B) Die Erwerbstätigkeit der Frauen ist in besonderer Weise von konjunkturellen Schwankungen und gesamtwirtschaftlichen Gegebenheiten abhängig. In Zeiten großen Arbeitskräftebedarfs wird auch die Mutter zur Erwerbstätigkeit aufgefordert. Das haben wir alle erlebt. In Zeiten der Unterbeschäftigung wird die verheiratete Frau als Doppelverdienerin diffamiert. Derart wechselnde Beurteilungen der außerhäuslich berufstätigen Frauen gefährden vor allem die Wahlfreiheit der Frau. Wir verstehen darunter die Wahlfreiheit zwischen Beruf und Haushalt beziehungsweise Kindererziehung.

Ich stelle zunächst einmal die Gründe für die überproportionale Frauenarbeitslosigkeit zusammen:

Erstens, noch immer ist über die Hälfte der erwerbstätigen Frauen ohne Berufsausbildung.

Zweitens, Konzentration der Frauen auf wenige Berufe und Branchen — im Verhältnis zu den Männern unverhältnismäßig wenige —, insbesondere auf die strukturell besonders gefährdeten Wirtschaftszweige.

Drittens, Konzentration der Frauen auf Angestelltentätigkeiten, die dem Rationalisierungsprozeß zur Zeit besonders unterliegen.

Viertens, Teilzeitarbeitsplätze werden vor allem von Frauen gewünscht. Wie wir aus einer Umfrage erfuhren, wollten 40 Prozent der Frauen gern einen Teilzeitarbeitsplatz haben, dagegen nur 0,1 Prozent der befragten Männer.

Fünftens, Ausbildungsplätze für Mädchen sind zu knapp.

- (C) Die Wirtschafts- und Sozialpolitik müssen Hand in Hand gehen, um die Arbeitslosigkeit auch bei Frauen zu beseitigen. Dies heißt vor allem:

Erstens, man muß wieder Vertrauen in die marktwirtschaftliche Ordnung herstellen. Wir wünschen keine sozialistischen Experimente.

Zweitens, die Investitionsneigung muß gefördert werden, damit rechtzeitig und wirkungsvoll Investitionspolitik betrieben wird. Dadurch wird Arbeitslosengeld gespart, und es erschließen sich neue finanzielle Quellen, um zum Beispiel das von Ihnen verurteilte und geschmähte Erziehungsgeld zahlen zu können, liebe Frau Lütjen.

(Beifall bei der CDU)

Dann möchten wir, daß die Geldwertstabilität — und da sind wir uns sicher hier im Haus einig — wiederhergestellt wird, daß angemessene Tarifabschlüsse zustande kommen und die Kostenstabilität wiederhergestellt wird.

Wir möchten eine abgewogene Struktur- und Regionalpolitik, und dabei wünschen wir vor allem, daß die Frauenarbeitsplätze stärker als bisher berücksichtigt werden. Gerade der letzte Punkt ist bei allen Maßnahmen, insbesondere auch bei Arbeitsförderungsprogrammen, zu beachten.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz)

- (D) Die Frauenerwerbstätigkeit muß gleichrangig neben der Männererwerbstätigkeit berücksichtigt werden. Aus verfassungsrechtlichen — Sie erwähnten vorhin das Grundgesetz, ich tue das auch — wie auch aus gesellschaftspolitischen Gründen ist es untragbar, wenn Entscheidungen nur unter dem Gesichtspunkt des Geschlechts fallen.

Ich unterstreiche völlig im ersten Absatz Ihres Antrags, daß Frauen benachteiligt sind, was Ausbildung, Weiterbildung und berufliche Möglichkeiten betrifft. In den Jahren der Knappheit an Auszubildenden und des großen Angebots an Ausbildungsstellen war die Anzahl der angelernten Mädchen und der Schulabgängerinnen ohne Ausbildungsziel auf einen erfreulich niedrigen Stand gesunken. Diese Entwicklung droht angesichts der heutigen Ausbildungsplatzknappheit bei Betrieben und Schulen wieder rückläufig zu werden. Mädchen sind heute noch stärker als Jungen von der Ausbildungsnot als Folge einer verfehlten SPD/FDP-Bildungspolitik betroffen.

(Beifall bei der CDU)

Längst vergessen geglaubte Parolen tauchen wieder auf angesichts einer wachsenden Jugendarbeitslosigkeit: Jungen brauchen eher einen Ausbildungsplatz als Mädchen, oder: Mädchen heiraten ja doch. Wir alle kennen dieses Gerede. Es wird dabei offensichtlich übersehen, daß eine qualifizierte Berufsausbildung erst berufliche Chancen eröffnet. Sie bedeutet beruflichen Aufstieg und Schutz vor Arbeitslosigkeit.

- (A) Hier muß ich einfügen, daß eine gute Ausbildung auch dann wichtig ist, wenn Frauen auf eine Erwerbstätigkeit verzichten, um sich zu Hause der Kindererziehung zu widmen. Die ganze Familie profitiert von einer Mutter, die etwas gelernt hat.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion sieht die Arbeit als Hausfrau und Mutter als einem Beruf gleichwertig an und setzt sich nach wie vor für die Wahlfreiheit der Frauen zwischen außerhäuslicher Arbeit und der Arbeit in der eigenen Familie ein.

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Allein im Hinblick auf die Jahre 1982 bis 1985, wenn die geburtenschwachen Jahrgänge aus der Schule kommen, sind alle Maßnahmen zu ergreifen, um Ausbildungswillen und Ausbildungsmöglichkeiten für Mädchen zu erweitern. Benachteiligungen für Mädchen und Frauen in Zugangs- und Laufbahnverordnungen sind abzubauen.

Ähnliche Überlegungen gelten für die berufliche Weiterbildung von Frauen. Sowohl in den konkreten Erwachsenenbildungsmaßnahmen als auch in den Förderungsgesetzen sind noch zahlreiche Verbesserungen mit Blick auf die berufstätige Frau durchzusetzen. Hier ist das Problem der Höchstaltersgrenzen bei Hausfrauen, die sich weiterbilden wollen, anzusprechen. Das gilt natürlich auch und besonders für Umschulungs- und Wiedereingliederungsmaßnahmen.

(B)

Die Streichung der Leistungen für Hausfrauen nach dem Arbeitsförderungsgesetz des Bundes zur Verbesserung der Haushaltsstruktur zeigt, wie diese Regierung Politik für die Frauen betreibt! Der Berufs- und Bildungsberatung kommt gerade bei Mädchen und Frauen eine hohe Bedeutung zu. Sie ist daher vor allem für die nächsten sechs bis acht Jahre stärker auszubauen.

(Beifall bei der CDU)

Eine befriedigende und innerlich ausfüllende Berufstätigkeit, gerade in qualifizierteren Positionen, öffnet den Frauen leichter den Weg in die Gesellschaft, schafft Chancen des sozialen und vor allem auch des politischen Engagements, das wir uns immer alle wünschen.

Ich komme zur Teilzeitarbeit! Die aus einer Umfrage kürzlich erhaltenen Zahlen habe ich hier vorgestellt. 40 Prozent der befragten Frauen — ich sage es noch einmal für die, die es nicht wissen — wünschen sich Teilzeitarbeit und nur 0,1 Prozent der befragten Männer. Diese Zahlen lassen uns doch aufhorchen, meine Damen und Herren!

Die Teilzeitarbeit im Bereich der Wirtschaft hat sich selbst in Zeiten der Hochkonjunktur bislang nur in beschränktem Maß und fast immer nur als Ausbittelsmaßnahme durchsetzen können. Bei der heutigen Unterbeschäftigung leiden Teilzeitarbeitskräfte relativ mehr unter Arbeitslosigkeit als Vollzeit-

kräfte. Trotzdem sollten die Bemühungen weitergehen, Teilzeitarbeit zu einer vollwertigen Beschäftigungsart neben der Vollzeitarbeit werden zu lassen. Teilzeitarbeit bietet nach wie vor gute Möglichkeiten, Aufgaben in der Familie mit denen in der außerhäuslichen Berufswelt zu verbinden. Ich meine, das gilt sowohl für Frauen als auch für Männer.

(Beifall bei der CDU)

Es sind dabei weitere Untersuchungen möglich und notwendig. Man muß erkunden, wo sich die Teilzeitarbeit betriebsorganisatorisch vertreten läßt, wo sie im Prinzip mit mehr Kosten für den Betrieb verbunden ist als die Vollzeitarbeit und wo sie dem Arbeitnehmer zeit- und kräftemäßig die erhoffte Erleichterung bringt. Außerdem sind die sozialversicherungsrechtlichen Bedingungen und Voraussetzungen der Teilzeitarbeit erneut zu überprüfen.

Der Staat sollte Forschungsprojekte zu diesem Themenkreis vergeben, wie sie auch von der Enquete-Kommission „Frau und Gesellschaft“ gefordert werden. Hierbei könnten Unternehmen, die Modelle mit Teilzeitarbeit durchführen, bezuschußt werden.

Der Ausbau der Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst — halbe Beamten- und Angestelltenstellen — sollte in der heutigen Situation als Beitrag zur Stabilisierung für die Berufschancen der Frau verstanden werden. Der Staat sollte dabei beispielgebend für die Ausweitung sinnvoller Teilzeitbeschäftigung vorangehen. Der Staat müßte eine Pilot-Funktion ausüben. Ich will mir ersparen, Ihnen die beamtenrechtlichen und finanziellen Schwierigkeiten aufzuzeigen. Aber das ließe sich bei einigem guten Willen von den einzelnen Ländern durchaus durchführen. Wir haben das Beispiel in Rheinland-Pfalz, und ich empfehle unseren hiesigen Gesetzgebern, sich damit einmal auseinanderzusetzen.

Im übrigen möchte ich Ihnen noch meine persönliche Meinung zum Thema Teilzeitarbeit sagen. Kein Betrieb, sei er staatlich oder privat, würde durch Mehreinstellung von Teilzeitbeschäftigten ein schlechtes Geschäft machen. Im Gegenteil! Ich meine, es wäre sehr vorteilhaft für sämtliche Betriebe, wenn sie sich allmählich an diesen Gedanken gewöhnen könnten. Hier müßte wirklich ein echtes Umdenken erfolgen.

Ich komme nun zu dem Problem Entlohnung erwerbstätiger Frauen. Das ist ein Problem deshalb, weil dieser Punkt für uns noch lange nicht zur Zufriedenheit gelöst ist. Zwar gibt es formale tarifrechtliche Unterschiede zwischen Männer- und Frauenlöhnen nicht mehr. In einer Reihe von Niedriglohnguppen sind jedoch fast ganz oder ausschließlich Frauen zu finden, weil ihre Tätigkeitsmerkmale einer niedrigen Bewertung unterliegen. Es handelt sich dabei um sogenannte leichte Arbeit, die durchaus keine leichte Arbeit zu sein braucht und die traditionell nicht hoch bewertet wird. Auf-

(C)

(D)

- (A) grund der Erkenntnisse der heutigen Arbeitsphysiologie und -psychologie erscheint es jedoch notwendig, zu neuen Tätigkeits- und Anforderungsmerkmalen, also zu einer anderen Bewertung, zu kommen, um eine zwischen Männern und Frauen gerechtere Lohnfindung zu erreichen.

Sehr wichtig finde ich, daß endlich einmal eine analytische Arbeitsplatzbewertung stattfindet, damit Arbeitnehmer nach der Art ihrer Fähigkeit und nicht aufgrund ihres Geschlechtes beschäftigt werden. Die Tarifpartner sollten mehr als bisher bemüht sein, Ergebnisse solcher Untersuchungen in ihrer Tarifpolitik zu berücksichtigen.

Automatisierung, Technisierung und Rationalisierung haben die Arbeitswelt in allen Berufen und Branchen stark verändert und neue Anforderungen mit sich gebracht. Die Schutzgesetzgebung muß dem Rechnung tragen! Wir wollen eine menschengerechte Gestaltung der Arbeitswelt, wir wollen keine Rollenklischees, aber auch kein schematisches Gleichheitsdenken.

(Beifall bei der CDU)

Unerläßlich gehört dazu — auch für die Frauen und gerade für die Frauen — die Motivation am Arbeitsplatz, die immer wieder gefordert wird, vor allem von den Gewerkschaften, und die ich bejahe.

(Abg. Marlis Stuchlik [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

- (B) **Präsident Dr. Klink:** Frau Förster, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. Ingeborg Förster (CDU): Nein, ich habe keine Zeit! Es tut mir leid, Frau Stuchlik, sonst gern!

Vorhin erwähnte ich bereits einmal das Erziehungsgeld, das die CDU seit langem fordert und auch realisieren wird, sobald sie die Gelegenheit dazu bekommt.

(Zuruf von der SPD)

Nein, das kann sehr bald sein!

Viele Mütter kleiner Kinder sind erwerbstätig, nicht deshalb, weil sie es so wunderbar finden, sondern weil sie ohne eigenes Geld nicht über die Runden kämen. Mittlerweile wissen wir wohl alle, daß zumindest Kinder bis zum dritten Lebensjahr eine Bezugsperson — ob Mutter oder Vater — brauchen. Umfragen haben ergeben, daß die meisten Mütter viel lieber bei ihren Kindern bleiben würden. Erreichen könnte man dies, wenn der Forderung der CDU endlich Rechnung getragen würde und man dem Elternteil, der in den ersten Lebensjahren eines Kindes auf Erwerbstätigkeit verzichtet — nach Einkommen gestaffelt selbstverständlich — einen gesetzlich festgelegten Betrag gäbe.

(Beifall bei der CDU)

Für Alleinerziehende müßte sich dieser Betrag mindestens verdoppeln.

- (C) Natürlich kostet dies viel Geld, aber man muß auf der anderen Seite auch sehen, wie wichtig es für die Kinder ist, in ihren ersten Lebensjahren von einem Elternteil betreut zu werden. Immer wieder wird von Wissenschaftlern festgestellt, daß der Staat immense Soziallasten zu tragen hat, dann nämlich, wenn es zu spät ist und aus kleinen Kindern ohne feste menschliche Beziehungen jugendliche Straftäter geworden sind. Wollen wir uns von Ländern wie Ungarn, der DDR oder Schweden beschämen lassen, für die ein Erziehungsgeld schon zu den Selbstverständlichkeiten gehört?

Die Schaffung einer eigenständigen sozialen Sicherung der Frau hat in den nächsten Jahren Vorrang. Das von der CDU vorgeschlagene Modell einer Partnerrente bietet die beste Grundlage, um die vom Bundesverfassungsgericht bis 1984 geforderte Reform der Hinterbliebenenrente durchzuführen.

Zu einer Reform der sozialen Sicherung zählen vor allem: Anrechnung von Zeiten der Kindererziehung in der Rentenberechnung; die mitversicherte Ehefrau muß ihren Krankenversicherungsanspruch selbst geltend machen können; Pflichtunfallversicherung für die in der Familie tätige Frau; bei der Bewertung von pauschalen Ausfallzeiten in der Rentenversicherung muß die bestehende Benachteiligung der Frauen abgebaut werden.

- (D) Ich komme zum Schluß, meine Damen und Herren! Die überproportionale Frauenarbeitslosigkeit, wie sie sich heute anhand von Zahlen darstellt, hat viele Ursachen. Besonders im Land Bremen zeigt sie sich katastrophal. Der Senat hat in den letzten 20 Jahren versäumt, ausreichend Arbeitsplätze für Frauen zu schaffen. Das zeigt sich unter anderem darin, daß das Arbeitsplatzdefizit für Frauen im Land Bremen verglichen mit anderen Ballungsräumen überdurchschnittlich groß ist. Die Schwäche des Senats im Bereich der Strukturpolitik haben somit leider die Frauen zu tragen. Der im vorliegenden SPD-Antrag geforderte Bericht, den wir — wie anfangs gesagt — begrüßen, kann leider die Versäumnisse der Vergangenheit nicht rückgängig machen, sondern lediglich offenlegen.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich noch einmal Radio Eriwan fragen: „Gibt es Gemeinsamkeiten zwischen Frauen und Olscheichs?“ Antwort von Radio Eriwan: „Im Prinzip ja: die Energie! Die Scheichs leben von der Energie, die sie verkaufen; die Frauen können nur noch leben von der Energie, die sie zusätzlich aufbringen.“ — Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren!

(Starker Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Hüller.

Abg. Gisela Hüller (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich kurz fassen in meinem Beitrag und zu dem Antrag der SPD-Frak-

- (A) tion folgendes bemerken: Der Antrag der SPD-Fraktion mit der Fragestellung nach der Situation der berufstätigen Frauen im Land Bremen findet die Unterstützung der Freien Demokraten. Dieser Antrag stellt — dessen sind wir uns sicher — große Anforderungen an die Verwaltung. Ich wage hier einen vorsichtigen Zweifel, ob diese Arbeit mit dem vorhandenen Personal leistbar ist und ob auf die so sehr ins Detail gehenden Fragen der Senat überhaupt eine verbindliche Antwort geben kann.

Die Enquete-Kommission „Frau und Gesellschaft“, die ihren Zwischenbericht jetzt erstattet und sich ebenfalls zu diesem Fragenkatalog geäußert hat, mußte bekennen, daß die aufgezeigten Probleme zunächst einmal analysiert werden müßten, um daraus Schlußfolgerungen ziehen zu können. Ich sage dies hier nur vorweg, weil meines Erachtens mit dem Bericht des Senats — und Frau Lütjen hat in ihrem Beitrag darauf hingewiesen, daß dieser sehr sorgfältig zu erstellen sei — nicht mehr erreicht werden kann als eine Situationsbeschreibung, und ich hoffe, daß nach Vorliegen der Antwort Initiativen auf Landesebene daraus entwickelt werden.

Zur Problematik selbst ist bereits genug gesagt, zum Beispiel mangelhafte Ausbildung, Lohn- und Gehaltssituation, mangelhafte berufliche Aufstiegsmöglichkeiten, Schwierigkeiten der Frauen bei der Rückkehr in den Beruf. Alle aufgezeigten Probleme, die von meinen beiden Vorrednerinnen vorgetragen wurden, kann ich nur unterstreichen.

- (B) Die Freien Demokraten als die dem Liberalismus verpflichtete Partei wenden sich mit Entschiedenheit gegen die von der Familienideologie geprägte traditionelle Rollenverteilung in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der FDP)

Gleichberechtigung kann nur bedeuten die gemeinsame Verantwortung von Mann und Frau in Familie, Beruf, Gesellschaft und Politik.

(Erneuter Beifall bei der FDP)

Die Liberalen werden sich deshalb in allen Bereichen, in denen die Chancen der Frau geringer sind als diejenigen des Mannes, nachdrücklich und mit immer neuen Bemühungen für die Veränderung dieser gesellschaftlichen Situation einsetzen.

(Beifall bei der FDP)

Sie werden sich dafür einsetzen, der Frau ein Höchstmaß an wirtschaftlicher Unabhängigkeit und sozialer Sicherheit zu verschaffen.

An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich erwähnen, daß die Tätigkeit der Hausfrauen und Mütter, die tagtäglich für das Wohl ihrer Familie sorgen, auf manches verzichten, die sich in den meisten Fällen keinen eigenen Rentenanspruch erwerben können und — das möchte ich zu meinen Herren Kollegen Abgeordneten gewandt sagen — die darauf verzichten, eigene Chancen wahrzunehmen, um die

Karriere ihrer Ehemänner sicherzustellen, die gleiche Wertung und Anerkennung finden muß wie jede andere Berufstätigkeit.

(C)

(Beifall bei der FDP — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. Gisela Hüller (FDP): Ja, bitte!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Frau Abgeordnete Stuchlik!

Abg. Marlis Stuchlik (SPD): Frau Hüller, sind Sie mit mir der Meinung, daß Frauen mehr als bisher ihre Chance nutzen sollten, um aus der Situation, die Sie jetzt mit Recht beklagen, eher herauszukommen?

Abg. Gisela Hüller (FDP): Frau Kollegin Stuchlik, ich würde das sehr begrüßen, und ich meine, es ist Aufgabe der Parlamente, immer wieder dafür zu werben.

(Beifall bei der FDP)

Auf dem Weg zur Chancengerechtigkeit — ich möchte gar nicht von Chancengleichheit sprechen — wird es zwangsläufig unumgänglich werden, daß Teile der Gesellschaft, nämlich die Männer, die von ihnen in Anspruch genommenen Privilegien werden aufgeben müssen. Das gilt auch für Politiker.

(Beifall bei der FDP)

(D)

Gerade sie als Verfechter und Propagandisten der Rechte aller sollten sich jederzeit für diese Ziele einsetzen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Dann ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag mit der Drucksachen-Nummer 9/493 zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag einstimmig zu.

(Abg. Anneliese Leinemann [SPD]:

Herr Hollweg ist sitzengeblieben! — Lachen bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich habe einmal ausrechnen lassen, wann nach den vereinbarten Redezeiten der voraussichtliche Schluß unserer Sitzung ist. Wenn ich Pausen zugrunde lege, komme ich auf 22 Uhr. Wir haben uns gestern darüber unterhalten, ob wir uns interfraktionell verständigen wollen. Ich sage das nur, damit Sie Bescheid wissen. Vielleicht ist es erforderlich, daß wir uns heute zusammen-

- (A) setzen, wenn terminliche Schwierigkeiten auftreten. Ich bitte herzlich darum, daß wir sehr diszipliniert debattieren. So, wie es bisher gelaufen ist, können wir erwarten, daß die Dinge gut über die Runden gehen.

Ursachen und Verhinderung von Kinderunfällen im Verkehr

Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. Mai 1977
(Drucksache 9/498)

Der Antrag Drucksache 9/498 ist unterzeichnet von den Abgeordneten Dr. Cassens, Neumann und Fraktion der CDU. Er liegt gedruckt vor.

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, einen Bericht über Kinderunfälle im Straßenverkehr zu geben. Dieser Bericht soll differenziert nach Altersgruppen für die Jahre 1974 bis 1976 insbesondere folgende Fragen behandeln:

1. Art der Unfälle und ihre Folgen,
2. Unfallhäufigkeit,
3. Unfallursachen,
4. Unfallverhütungsmaßnahmen,
5. Möglichkeiten der besseren Verkehrserziehung,
6. Verbesserung der Schulwegsicherung,
7. straßen- und städtebauliche Möglichkeiten zur Verbesserung der Sicherheit der Kinder im Verkehr.

Die Beratung ist eröffnet.

- (B) Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Cassens.

Wir haben eine Redezeit von bis zu 15 Minuten pro Fraktion vereinbart.

Abg. Dr. Cassens (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU will mit ihrem Antrag vom Senat Auskunft erhalten, in welchem Maße die Kinder im Straßenverkehr gefährdet sind. Zu unserem großen Bedauern haben wir feststellen müssen, daß der Amtsleiter entschieden hat, daß unter anderem auch die Zahlen, die darüber Auskunft geben, wie und in welchem Maße die Kinder im Straßenverkehr gefährdet sind, nicht mehr veröffentlicht werden sollen. Diese sicherlich auch vom Senat gedeckte Haltung des Amtsleiters halte ich in der Tat für bestürzend und kurzsichtig zugleich.

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Welches Amtsleiters?)

Des Amtsleiters!

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Lassen Sie sich nicht aus der Ruhe bringen, Herr Abgeordneter Dr. Cassens!

Abg. Dr. Cassens (CDU): Nein! Der Polizeipräsident! Mit welchem Recht glaubt man eigentlich, den Kindern, den Eltern und den politisch Verantwortlichen wichtiges Material über die Gefährdung der Kinder vorenthalten zu müssen? Nur wenn man diese Zahlen auf den Tisch des Hauses legt, sind wir in der Lage, die entsprechenden vernünftigen poli-

- tischen Entscheidungen zu treffen. Von daher also meine Bitte, daß mit diesem Fehlverhalten schnellstens aufgeräumt werden sollte!

Der Deutsche Kinderschutzbund hat aufgrund sorgfältiger Analysen folgende Gefahrenquellen ermittelt: Erstens: Die Übergänge an den Schulen sind oft mangelhaft abgesichert. Zweitens: Es gibt zu wenig Schülerlotsen. Drittens: Es fehlt an ausreichenden Warnschildern, vor allen Dingen auch in einer Höhe, in der sie von den Kindern gesehen werden können. Viertens: Die Straßenbeleuchtungen sind oft unzureichend.

Vom Senat möchten wir wissen, ob auch in Bremen entsprechende Gefahrenquellen ermittelt worden sind. Aus den ungünstigen Schulzeiten haben Sachverständige ganz erhebliche Gefahren für die Sicherheit der Kinder ermittelt. Ausgerechnet zur Hauptbelastungszeit des Verkehrs durch die Berufstätigen müssen auch die Kinder zur Schule. Zu etwa 60 Prozent des Schuljahres beginnt der Schulweg bei Dunkelheit, Nässe, Nebel, Glätte und Kälte. Das Kind muß zu früh — das ist die Auffassung der Sachverständigen — in den Straßenverkehr. Es ist noch unausgeschlafen, und sein Wahrnehmungsvermögen ist natürlich erheblich verringert.

Unsere Frage lautet: Welche Überlegungen bestehen beispielsweise beim Bildungssenator, diesen Gefährdungstatbeständen durch entsprechende Regelungen Rechnung zu tragen?

- Verkehrsfachleute, meine Damen und Herren, sind sich natürlich darüber einig, daß es generell nur zwei Möglichkeiten gibt, die Gefährdung der Kinder zu beheben. Erstens: Man kann versuchen, die Verkehrsverhältnisse so zu bessern, daß die Wahrscheinlichkeit für das Auftreten gefährlicher Situationen für Kinder sinkt. Zweitens: Man kann versuchen, die Kinder fähiger zu machen, mit gefährlichen Verkehrssituationen fertigzuwerden.

Es wäre, glaube ich, richtig, wenn auch wir eingestehen würden, daß es keine Patentrezepte für diese Frage gibt. Aber nach unserer Auffassung wäre es ebenso naiv wie wirklichkeitsfremd zugleich zu glauben, die Kinder könnten überhaupt nicht zu absolut vernünftigem Verkehrsverhalten erzogen werden.

Wir kommen daher zu dem Ergebnis: Wenn man eine Verringerung der Unfälle mit Kindern erreichen will, muß das auf zweierlei Art und Weise geschehen. Die eine Möglichkeit ist: Es müssen noch mehr und noch bessere Maßnahmen in Angriff genommen werden, die Kinder zu verkehrsgerechtem Verhalten zu erziehen. Die andere Möglichkeit ist, meine Damen und Herren, daß wir Überlegungen anstellen, die Verkehrsverhältnisse für die Kinder sicherer zu machen.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

(C)

(D)

(A) Abg. Dr. Cassens (CDU): Ja, gern!

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Abgeordneter Jettka!

Abg. Jettka (SPD): Herr Dr. Cassens, würden Sie mir zugestehen, daß die Erziehungsarbeit bei den Kindern allein unfruchtbar bleiben muß, solange Erwachsene selbst schlechte Beispiele liefern, wie Sie an jedem Tag erleben können?

(Beifall bei der SPD)

Abg. Dr. Cassens (CDU): Ich kann dieser Ihrer Feststellung nur zustimmen, Herr Kollege! Ich glaube, daß einer der wichtigen Punkte, die ich im Laufe meiner Ausführungen noch ansprechen werde, auch die Hebung der Verkehrsmoral bei den Erwachsenen ist. Das ist gar keine Frage.

Aber mit der lapidaren Feststellung, die wir immer wieder hören, daß die Kinder zu 75 Prozent an den Unfällen selbst schuld seien, können und dürfen wir uns einfach nicht zufriedengeben. Die Kinder sind von Natur aus gar nicht in der Lage, die besonderen Gefahrenquellen wie Gefälle, Kurve, Engpaß und dergleichen überhaupt in ihrer Gefährlichkeit zu erkennen. Selten sind auch die Kinder fähig, Tempo und Abstand eines Fahrzeugs richtig abzuschätzen und ihr Verhalten darauf einzurichten. Es ist deshalb auch nicht weiter verwunderlich, daß der Großteil der Verkehrsteilnehmer gar nicht in der Lage ist, die eigene Fahrweise auf das besondere Verhalten der Kinder einzurichten.

(B)

So heißt es beispielsweise in einem Polizeibericht: Unmittelbar vor einem Zebrastreifen hält ein Fahrzeug und läßt ein Kind die Fahrbahnhälfte überqueren. Dieser Junge dreht sich herum, will sich sogar noch bedanken bei diesem Verkehrsteilnehmer. Die andere Hälfte hat noch grünes Licht, und dieser Junge läuft voll vor ein Auto und wird sehr schwer verletzt.

In dem Polizeibericht wird nüchtern festgestellt: Eigenverschulden des Kindes. Formal mag das zutreffen, aber ist auch überlegt worden, ob beispielsweise die Warnschilder für Kinder in einer vernünftigen Sichthöhe angebracht sind? Von dem Verhalten der Erwachsenen wurde gesprochen. Ist aber auch gewährleistet, daß unsere Planungen auf die besondere Verkehrssituation der Kinder eingerichtet worden sind? Ich glaube, da gibt es noch die eine oder andere Verbesserungsmöglichkeit, die wir in Angriff nehmen sollten.

Wenn unsere Befürchtungen zutreffen, daß in einem einzigen Jahr, nämlich von 1975 auf 1976, die Verkehrsunfälle in Bremen mit Kindern um acht Prozent zugenommen haben, so können das Parlament und die Verkehrsbürokratie dazu nicht schweigen.

Die CDU ist der Auffassung, daß die Kinder wegen ihrer Unerfahrenheit und wegen ihres gelegentlichen Unvermögens eines besonderen Schutzes und einer besonderen Hilfe bedürfen. Mehr Rücksicht auf die Kinder im Straßenverkehr darf nicht nur eine

bloße Pflichtübung sein, sondern es müssen ständig neue Aktionen gestartet werden mit dem Ziel, dieser besonderen Rücksichtnahme auch zum Erfolg zu verhelfen.

(C)

Angesichts der gegenwärtigen Sicherheitslage ist die Polizei allein nicht in der Lage, die Verkehrsaufklärung eigenverantwortlich zu bewältigen. Hierzu müssen alle betroffenen Senatsressorts ihren Beitrag liefern. Die Verkehrserziehungsarbeit muß nämlich auf breitere Grundlagen gestellt werden. Es wäre daher auch nicht von Schaden, wenn sich noch mehr Helfer als bislang schon zu dieser Aufgabe bekennen würden. Ich glaube, damit renne ich auch offene Türen ein.

Selbstverständlich sind auch Eltern und Lehrer in gleicher Weise aufgerufen. Gerade die Eltern sollten in ihrer Verantwortung für das Wohl und Wehe ihrer Kinder nicht nur immer nach staatlichen Maßnahmen schießen, sondern auch durch ihr verkehrsgerechtes Verhalten im Alltag und durch die Teilnahme an Elterninformationsabenden bei der Sicherung des Schulwegs aktiv mitwirken.

Sobald uns der Senatsbericht, meine Damen und Herren, vorliegt, erwarten wir natürlich vom Senat ganz konkrete Folgerungen, wie die erhebliche Gefährdung unserer Kinder im Land Bremen gemildert werden kann. Die CDU ist der Auffassung, daß besonders die Sicherheit der Kinder im Straßenverkehr gute Wechselbeziehungen der verkehrsgestaltenden Faktoren wie Verkehrsmittel, Verkehrsraum, Verkehrsumwelt, Verkehrsteilnehmer verlangt.

(D)

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, sollte auch der Vorschlag überlegt werden, ob wir nicht dazu kommen müssen, einen Landesbeauftragten für Verkehrssicherheit zu schaffen. Ich will damit nicht das Wort reden für eine neue Bürokratie oder für eine neue Stelle, nur glaube ich, innerhalb der bislang schon vorhandenen offiziellen und freiwilligen Helferschaft müßte dieses Problem überlegt werden. Dieser Landesbeauftragte für Verkehrssicherheit müßte in der Lage sein und auch die Kompetenz haben, alle notwendigen Maßnahmen laufend auf allen staatlichen Ebenen im Land Bremen sowie zwischen allen mit Verkehrssicherheitsfragen befaßten Organisationen und Verbänden zu koordinieren und zu straffen.

Folgendes Arbeitsprogramm müßte dieser Landesbeauftragte für Verkehrssicherheit in erster Linie anpacken: Erstens, Verbesserung der Verkehrsunfallstruktur, zweitens, Beeinflussung der Verhaltensweisen aller Verkehrsteilnehmer, drittens, breit angelegte Einflußnahme zum Mitdenken, zur Mitverantwortung und zur Eigenverantwortung.

Wir müssen, meine Damen und Herren, fragen, ob die Verkehrsbehörde den politisch Verantwortlichen auch das exakte Material an die Hand gibt, damit die notwendigen politischen Entscheidungen getroffen werden können. Ich sehe im Augenblick da eine ganz entscheidende Lücke, die wir in jedem Fall am Ende dieser Diskussion schließen müssen.

(A) Wir fragen deshalb auch: Ist in Bremen beispielsweise sichergestellt, daß eine Unfallstraßenkartei geführt wird, daß Unfalltypen-Steckkarten angelegt werden und daß auch Kollisionsdiagramme erstellt werden? Ist es wirklich gewährleistet, daß diese Erkenntnisse dann auch an die zuständigen Straßenverkehrs- und Straßenbaubehörden weitergeleitet werden mit dem Ziel, nun endlich auch die vernünftigen Konsequenzen daraus zu ziehen?

Erfolgt tatsächlich — wenn ja, in welchem Umfang und mit welcher Erfolgsquote — eine Auswertung der polizeilichen Verkehrslagebeurteilung und auch der Verkehrsüberwachung? Sie sehen, meine Damen und Herren, da gibt es ein Bündel von Möglichkeiten, denen wir nachgehen müssen.

Die CDU ist sich natürlich darüber im klaren, daß alle Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr, vor allem für unsere Kinder, Stückwerk bleiben müssen, wenn es nicht gelingt, die Verkehrsmoral zu verbessern. Die Verkehrsauffassung muß sich wandeln, und alle Verkehrsteilnehmer müssen davon überzeugt werden, daß man nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten im Straßenverkehr hat.

Nichts wäre indessen gefährlicher für die Sicherheit als Resignation und Gewöhnung an die Verkehrsgefahren. Dies wird indessen, meine Damen und Herren, gefährlich gefördert, wenn die bisherige Praxis fortgeschrieben wird, wonach die Öffentlichkeit über das Problem und über die Ursachen und über die Verhinderung von Kinderunfällen nicht hinreichend informiert wird. Damit, meine Damen und Herren, Schluß zu machen, ist auch ein wichtiges Anliegen der CDU-Fraktion.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort Herr Senator Fröhlich.

Senator für Inneres Fröhlich: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Cassens, im Grunde haben Sie einen Antrag eingebracht und ihn hypothetisch im einzelnen diskutiert, anstatt abzuwarten, bis wir die Fakten auf den Tisch legen, um anhand der Fakten dann zu diskutieren.

Weil hier schon eine Reihe von Punkten angesprochen wurde, möchte ich zumindest am Anfang auch einiges sagen, was nachher die Zahlen noch beweisen werden. Wir haben nichts zu verheimlichen in dieser Frage, und es gibt keinen Ukas vom Innenminister, diese nicht zu veröffentlichen. Im Gegenteil, Sie wissen, ich habe mich erst vor kurzem zur Frage der Jugend- und Kinderkriminalität geäußert, in der wir große Sorgen haben, und wir werden in Kürze eine große Anfrage zu dieser Angelegenheit zu beantworten haben, die die FDP-Fraktion einbringt oder eingebracht hat.

Dieses Parlament hatte sich vor einigen Jahren mit den Kinderunfällen beschäftigt, das heißt, ins-

besondere mit Unfällen, die auf dem Schulweg passieren. Dazu darf ich Ihnen folgendes sagen: Anhand unserer Prüfungen in den vergangenen Jahren mußten wir feststellen, daß zu Spitzenzeiten des Verkehrs — das heißt morgens, wenn die Kinder zur Schule gehen — die wenigsten Unfälle mit Kindern passieren und daß die häufigsten Kinderunfälle am Nachmittag passieren, wenn die Kinder spielen, also nicht mehr zielgerichtet einen Weg gehen, sondern beim Spielen auf den Verkehr nicht achten und zum Teil eben die Straße als Spielplatz benutzen. Dies können wir bereits heute sagen, und dies werden auch die Zahlen im einzelnen beweisen.

(C)

Zu dem Antrag kann ich sagen, daß wir uns bemühen werden, Herr Dr. Cassens, soweit es möglich ist in unserem Bereich, dies zu tun. Sie wissen, daß wir für die Verkehrserziehung der Kinder den Fachbereich Verkehrserziehung und Jugendschutz verdoppelt haben, daß wir ständig Polizeibeamte in Kindergärten, in Schulen haben, um die Kinder auf den Verkehr aufmerksam zu machen.

Nun haben Sie gesagt, die Schilder seien zu hoch für Kinder. Ja, warum stehen denn die Schilder etwa über 2,20 Meter hoch?

(Abg. Gassdorf [CDU]: Weil die Leute so groß sind!)

Nicht nur, weil die Leute so lang sind — groß weiß ich nicht —, sondern wenn sie niedriger stehen, werden die gesamten Schilder beschädigt und zerstört. Von daher müssen wir eine gewisse Höhe der Schilder im einzelnen festlegen, weil sonst mit einer erheblichen Zerstörung von Verkehrsschildern zu rechnen ist.

(D)

Ich bin aber auch der Auffassung, daß die Kinder zum Teil weit verkehrsbewußter sind als Erwachsene. Nur, was sollen Kinder davon halten, wenn sie bei Rot an der Ampel stehen, und Erwachsene gehen bei Rot über die Straße?

(Beifall)

Sie sagten, Herr Dr. Cassens, wir brauchen einen Landesbeauftragten für diesen Bereich. Ich meine, jeder Bürger ist hier aufgefordert, als Beauftragter dafür zu sorgen,

(Beifall bei SPD und FDP)

daß man sich im Straßenverkehr vernünftig verhält.

Als ich vor einiger Zeit einem jungen Mann einmal erklärte, daß die Ampel Rot zeige und man bei Rotlicht nicht über die Straße gehen solle, reagierte dieser junge Mann mit einem lächelnden Blick, der wohl besagen sollte, der meint mich wohl nicht. Das heißt, selbst wenn wir erkennen, daß andere sich nicht verkehrsgerecht verhalten, sind wir nicht bereit, auch dem Betreffenden zu sagen, daß er sich nicht korrekt verhält. Wir können hier nicht andere Länder und Städte zum Vorbild nehmen, etwa London und New York, in denen man durchaus bei Rot über die Straße geht, sondern

- (A) wir müssen diese verkehrsregelnden Maßnahmen im Interesse der Unfallbekämpfung einhalten.

Sie haben völlig recht, Herr Dr. Cassens, dies ist nicht allein leistbar von der Polizei, dies beginnt im Elternhaus, und dies beginnt — so meine ich — im Straßenverkehr, und da erwarte ich von jedem Erwachsenen vorbildliche Verhaltensweisen im Verkehr, die nicht dazu führen, daß dann das Kind sagt, wieso darf denn der Onkel dort über die Straße gehen, und ich muß immer stehenbleiben! Beim dritten Mal geht das Kind über die Straße und wird dann überfahren. Der Erwachsene weiß zum Teil gar nicht, wie verantwortungslos er handelt, wenn er bei diesen Situationen über die Straße geht.

(Beifall bei der SPD)

Noch eines, Herr Dr. Cassens: Ich habe vor kurzem bei der Jahreshauptversammlung des Vereins Verkehrssicherheitsplatz mich zum Bereich der Verkehrssicherheit geäußert. Wir haben in diesem Haus auch Experten der Landesverkehrswacht, die sich ebenfalls bemühen. Die jüngste Aktion der Jugendverkehrswacht war, einmal zu prüfen, welche Kraftfahrer Sicherheitsgurte angelegt hatten. Dabei mußte man feststellen, daß rund die Hälfte nicht den Sicherheitsgurt angelegt hatte. Auch hier, meine ich, liegt ein Erziehungsproblem vor.

Dann muß ich Ihnen noch eines sagen: Sie sagten, ein Kind kann nicht erkennen, ob ein Engpaß, Geschwindigkeit, Gefälle,

(B)

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Sagen die Sachverständigen!)

ob alle diese Faktoren im Verkehr erhebliche Gefahren mit sich bringen. Sagen Sachverständige!

Ich sage Ihnen folgendes: Wir bilden heute Bürger aus und geben ihnen einen Führerschein, ohne daß der einzelne Bürger, wenn er den Führerschein erhält, etwa ausgebildet ist in den Fragen, welchen Bremsweg habe ich mit einem vollbesetzten Pkw, welchen Bremsweg habe ich mit einem nicht vollbesetzten Pkw, wie sieht es aus in einem sehr dichten Verkehr, wie sieht es aus in engen Kurven mit der Geschwindigkeit.

Ich will einmal dazu etwas sarkastisch sagen: Wir händigen einen Führerschein aus, und dann glaubt der einzelne Führerscheininhaber, daß er bereits diesem Verkehr gewachsen sei.

Ich möchte einmal ein anderes Beispiel bringen, damit es deutlicher wird: Ich weiß nicht, wer von Ihnen noch fliegen würde, wenn der Pilot die Flugprüfung machen darf, sie auch besteht, und anschließend sagen wir dem Piloten, über die besonderen Risiken des Flugverkehrs werden wir dich im Abstand von Vierteljahren auf Plakaten informieren.

So ähnlich müssen wir es heute leider Gottes tun, indem wir mit Plakaten auf Aquaplaning und auf all diese Gefahren den Kraftfahrer hinweisen, weil er nach meiner Auffassung durch die Ausbildung,

die er heute durch Fahrschulen bekommt, lediglich mehr oder weniger rechtlich und technisch ausgebildet wird, damit er das Fahrzeug bewegen kann und die einzelnen Verkehrsschilder kennt. Hier wäre aber noch ein großes Stück Ausbildung nötig, damit er auch ein Kraftfahrer ist, der sich im Verkehr aller Gefahren bewußt bewegen kann.

Deshalb meine ich, ist es nicht nur eine Frage an die Kinder, sondern generell an uns alle. Im Bereich des Verkehrs müssen wir uns alle vorbildlich benehmen. Ich habe die herzliche Bitte an alle: Wenn sich alle Erwachsenen so benehmen würden wie Kinder im Straßenverkehr, hätten wir nach meiner Meinung noch weniger Unfälle, als wir heute haben. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dittrich.

Abg. Dittrich (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD-Fraktion wird dem vorliegenden Antrag zustimmen. Wir glauben, daß die Erstellung dieser Unterlagen verhältnismäßig leicht sein wird, weil die bereits vorliegenden Untersuchungen und Unfallursachenforschungen, die von der Polizei kommen, eine brauchbare Unterlage bieten können für die Fragen, die die CDU gestellt hat.

Ich darf sagen, daß wir besonderen Wert darauf legen, daß es nicht damit getan ist in der Argumentation, Verkehrszeichen in der Höhe anzubringen, die der Größe von Kindern allgemein oder im Durchschnitt entspricht. Wir glauben, daß Punkt sieben der Anfrage entscheidende Bedeutung hat, nämlich straßen- und städtebauliche Möglichkeiten zur Verbesserung der Sicherheit der Kinder im Verkehr einzurichten. Hier ist, glaube ich, die Grundsatzfrage, die wir zu untersuchen haben. Ebenso, wie es Erleichterungen für Behinderte zu schaffen gilt, so gilt dies auch für Kinder. Wie lange haben wir gebraucht, Verkehrs- und wohngerechte Einrichtungen für Behinderte zu schaffen! Wir diskutieren wahrscheinlich auch noch in zehn Jahren verkehrsgerechte Einrichtungen für Kinder innerhalb des öffentlichen Straßenverkehrs und unserer Verkehrsbauten.

Verkehrsgerechtes Verhalten setzt eine bestimmte Einstellung — eine sozial gerechte Einstellung — in der Gesellschaft voraus. Die Gesellschaft formt natürlich auch die Kinder, wobei wir wissen, daß die vorschulische Erziehung und die schulische Erziehung in diesem Bereich in der Vergangenheit — in den letzten zehn Jahren — viel besser geworden sind, als das vorher der Fall gewesen ist. Wenn Sie sich die Unfallzahlen ansehen, dann werden Sie feststellen, daß bei älteren Menschen, die leider nicht mehr das Maß an Unterricht genießen können, diese Unfallzahlen bedeutend höher sind als bei Kindern.

Herr Kollege Dr. Cassens, in dem Antrag auf Erstellung eines solchen Berichts sehe ich ein Problem: Die Frage der Kinderunfälle generell kann man so

(C)

(D)

(A) nicht sehen. Man müßte eigentlich unterscheiden zwischen Kindern im schulpflichtigen und nichtschulpflichtigen Alter, weil wir ja schon einmal in der Bürgerschaft die Frage der Unfallhäufigkeit auf dem Schulweg diskutiert haben. Wir haben festgestellt, daß die Unfallhäufigkeit auf dem Schulweg eben nicht so groß ist, sondern daß die Unfälle sich außerhalb des Schulwegs und außerhalb der Schulzeit, nämlich in der Spielzeit, häufen. Dies, meine ich, sollte man auch untersuchen. Vielleicht dürfen wir das dem Senator mit auf den Weg geben, daß hinsichtlich des Alters und auch der Zeit eine Differenzierung vorgenommen wird.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Einverstanden!)

Was die Frage der Initiativen der Gesellschaft angeht, darf ich vielleicht daran erinnern, daß die SPD-Bürgerschaftsfraktion vor vier Jahren die Aktion „Sichere Straße“ mit Unterstützung der übrigen Fraktionen dieses Hauses ins Leben gerufen hat. Sie war groß angelegt mit allen Trägern, die im weitesten Sinn am Verkehr beteiligt sind, Versicherungsgesellschaften, Transportunternehmen und so weiter.

Wir haben am Ende feststellen müssen, daß die Bereitschaft, auch materiell Hilfe zu leisten, nicht sehr groß gewesen ist und wir in jedem Jahr in den Haushalt 60 000 DM — soweit ich das in Erinnerung habe — für den sicheren Schulweg einsetzen. Das ist nun einmal so, das müssen wir feststellen. Wir können eigentlich in erster Linie nur immer auf die Unterstützung der Medien hoffen und auf ihre Bereitschaft, in dieser Frage aufklärend zu wirken.

(B) Ich bin skeptisch, ob wir diese Aufgabe, die Sie zu lösen wünschen, mit einem Landesbeauftragten erfüllen können.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Eine Koordinierungsstelle!)

Ich weiß nicht, wo diese Koordinierungsstelle angebunden werden soll.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Beim Senator für Inneres!)

Ich weiß auch nicht, was Sie sich damit gedacht haben, als Sie sagten: Verkehrsbehörde. Verkehrsbehörde im Sinne der rechtlichen Zuordnung ist nicht der Senator für Inneres!

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Aber er sollte federführend sein!)

Oberste Verkehrsbehörde — Herr Kollege Gassdorf weiß das auch — ist der Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr. Ich bin schon mit Ihnen der Meinung, daß natürlich bestimmte Dinge, soweit sie ressortübergreifend sind, auch koordiniert werden müssen. Dafür gibt es ja — soweit mir bekannt ist — eine Senatskommission.

Wir halten diesen Antrag für unterstützenswert. Wir glauben, daß er dazu beitragen kann, auch der Öffentlichkeit respektable und überzeugende Zahlen

zu nennen. Aber wir glauben auch, daß die Behörden — die betreffenden Behörden Bau und Inneres — sich hier in erster Linie Gedanken darüber zu machen haben und auch wir, die wir letztlich solche Pläne dahingehend prägen, wie verkehrsgerechte Einrichtungen auszusehen haben. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Jettka.

Abg. Jettka (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Verkehrserziehung — eine Aufgabe ohne Ende, und das aus vielen Gründen! Ich meine aber, daß es falsch wäre, hier nur nach dem Staat zu rufen. Hier sollte man einmal an den Bürger selbst appellieren. Wir haben ja Einrichtungen, die sich mit dieser Aufgabe beschäftigen, deren Tätigkeit jedoch eigentlich viel zu wenig beachtet wird.

Ich begrüße es, daß dieser Antrag gestellt wurde, denn die Tatsache, daß jährlich in der Bundesrepublik junges Leben in einer Zahl, die der Größe einer Schule wie der Gesamtschule West entspricht, ausgelöscht wird, sollte Anlaß genug sein, daß wir uns damit beschäftigen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir im Jahr 1975 zehn tödliche Kinderunfälle in Bremen hatten, dann, meine ich, sind das zehn Unfälle zuviel!

(Beifall bei SPD und CDU)

Herr Senator Fröhlich sprach vorhin die Aktion, die die Jugendverkehrswacht durchgeführt hat, an. Eine Einrichtung, die in der ganzen Stadt Bremen von 18 Jugendlichen genutzt wird! Das muß man einmal hören. Oder die Einrichtung der Landesverkehrswacht! Eine Einrichtung, die von ungefähr 350 Mitgliedern genutzt wird, um sie ideell zu unterstützen!

Meine Damen und Herren, ersparen Sie mir die Frage, wie viele Angehörige dieses Hohen Hauses sich dadurch verpflichtet fühlen, daß sie Mitglied der Landesverkehrswacht sind mit einem Beitrag von 22 DM jährlich, den sie noch von der Steuer absetzen können! Ersparen Sie mir die Frage, aber klopfen Sie sich einmal an die eigene Brust!

Wenn man solche Fragen hier stellt und diskutiert, dann sollte man selbst mit gutem Beispiel vorangehen! Ich will dabei keinen scharf angesehen haben. Ich meine, es ist gut, wenn Bürger — ich verstoße hier nicht gegen Artikel 84 der Landesverfassung, nebenbei gesagt — selbst sich verantwortlich fühlen.

Ich möchte das, was der Kollege Dittrich eben sagte, einmal aufgreifen. Vor vier Jahren hat das Parlament beschlossen, einen Betrag aus Haushaltsmitteln zur Verfügung zu stellen für die Aktion „SOS Straße“. Dieser Betrag ist sicherlich sinnvoll angelegt und wird genutzt, wenn ich nur daran denke, daß jährlich allein davon zehn Seminare für Erzieher im Vorschulbereich veranstaltet werden, die dann

(C)

(D)

- (A) als Multiplikatoren in den Kindergärten dienen können. Daß dieser Betrag nicht ausreichen kann, ist wohl allen klar, auch wenn die Tätigkeit im Bereich der Verkehrserziehung ehrenamtlich ist. Es nützt nichts, wenn wir große Hearings machen, bei denen alle möglichen Interessengruppen vertreten sind. Wenn es dann zur Nagelprobe kommt, hat man zwar schöne Worte gehört, aber das Materielle fehlt.

Ich möchte aber an dieser Stelle die Gelegenheit nicht ungenutzt vorübergehen lassen, einmal deutlich zu machen, wem wir besonderen Dank schuldig sind für die Verkehrserziehungsarbeit insbesondere bei der Jugend: Das ist die Dienststelle VE-JO der Schutzpolizei.

(Beifall)

Diese Männer sind nicht nur tagtäglich im Dienst unterwegs, um etwa an Fußgängerüberwegen vor Schulen und Kindergärten zu schulen, sondern stellen sich darüber hinaus noch ehrenamtlich in ihrer Freizeit zur Verfügung, um Elternabende zu veranstalten, in den Kindergärten zu schulen, um Altentagesstätten und so weiter zu besuchen. Wenn jemand ein Lob verdient, dann diese Männer insbesondere!

(Erneuter Beifall)

Ein Letztes, und ich hoffe, daß die Presse mir das nicht übelnimmt! Diese 18 Jungen der Jugendverkehrswacht haben am 7. Mai — bewußt am 7. Mai, verkaufsoffener Sonnabend, Flohmarkt, viele Leute kamen auch von auswärts nach Bremen — die Aktion gestartet, einmal zu prüfen, wer eigentlich einer Empfehlung folgt, nämlich den Gurt anzulegen. Herr Senator Fröhlich sagte 50 Prozent, die Zahl ist aber noch höher. 60 Prozent, meine Damen und Herren, beachten diese Dinge nicht, obwohl sie wissen müßten, daß von vier tödlich Verunglückten zwei leben könnten, wenn der Gurt angelegt worden wäre.

Dabei ist interessant festzustellen, daß es besondere Wagentypen gibt, bei denen der Anteil derer, die den Gurt nicht anlegen, bis zu 95 Prozent beträgt! Ich will hier keine Typen nennen, um nicht in den Ruf zu geraten, Negativwerbung zu betreiben!

(Abg. Hardegen [CDU]: Alle Autos, die keine Automatikgurte haben!)

Nein, Herr Kollege Hardegen, ich muß Ihnen widersprechen! Es hängt von der Größe des Wagens ab! Das können Sie gern selbst beobachten!

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Die Knautschzone macht etwas aus!)

Aber auf die Knautschzone sollte man sich nicht verlassen, Herr Dr. Cassens! Ich meine, daß es eine gute Sache ist.

Jetzt komme ich auf die Presse zurück. Ich bedauere eigentlich, daß diese Aktion so wenig Widerhall in der Presse gefunden hat. Ich habe zwar einen kleinen Absatz gefunden, in den „Bremer Nachrichten“ war auch ein Bild enthalten, Radio Bremen hat es in drei Sätzen gebracht — auf der Hansawelle zu einer Mit-

teilung —, daß eine Aktion der Jugendverkehrswacht stattfindet, sonst geschah jedoch nichts!

Ich habe jetzt die Bitte vorgetragen, bei Radio Bremen einmal im Vormittagsmagazin eine Stunde mit Experten zusammenzusitzen und darüber zu diskutieren. Ich glaube, das ist mindestens so wertvoll wie manch anderer Beitrag, den man im Vormittagsmagazin hören kann. Ich habe auch den Senator angeschrieben und gebeten, das zu unterstützen.

Zusammengefaßt möchte ich nur eines sagen: Wenn wir uns selbst als Bürger nicht verpflichtet fühlen, mit gutem Beispiel voranzugehen, dann werden wir auch keinen Erfolg haben, wenn wir die Kinder nur erziehen.

Lassen Sie mich mit einem Erlebnis abschließen: An meinem Wagen habe ich hinten das grüne Kreuz als Mitglied der Verkehrswacht. Auf der Autobahn passierte es mir, daß jemand in unverschämtester Weise bis auf drei Meter aufrückte, nachdem er vorher geblinkt hatte. Als er das grüne Kreuz sah, ließ er sich zurückfallen und verhielt sich so, wie er sich verhalten soll.

Ich meine, das zwingt einerseits dazu, sich anständig zu verhalten, aber wird den anderen vielleicht auch dazu bewegen, darüber nachzudenken, wie man sich verhalten muß, wenn man Kavalier am Steuer sein will. — Ich bedanke mich!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Storm. (D)

Abg. Storm (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Grundsätzlich begrüßen wir die Initiative der CDU zum Thema Ursachen und Verhinderung von Kinderunfällen im Verkehr. Wir sind allerdings der Auffassung, daß der Bericht nicht unbedingt die Ziffern eins bis drei zu enthalten brauchte, da verschiedene Statistiken, zum Beispiel die Verkehrsunfallstatistik des Stadt- und Polizeiamts, regelmäßig vorgelegt werden, in denen diese Dinge nachzulesen sind. Trotzdem, meinen wir, ist es unschädlich, denn es erleichtert bei einer späteren Diskussion natürlich die Maßnahmen, die zu treffen sind, wenn man einen Gesamtbericht vorliegen hat, in dem alle einzelnen Maßnahmen aufgeführt sind. Insofern, meinen wir, ist es völlig unschädlich, das aufzunehmen.

Lassen Sie mich ganz kurz auf einzelne Punkte eingehen! Die Art der Unfälle und die Folgen, sagte ich schon, finden wir in den Statistiken. Das ist nicht weiter zu behandeln. Zu den Unfallursachen — Herr Senator Fröhlich sagte es auch — ist nach der Statistik festzuhalten, daß die meisten Unfälle im Spiel- und Erledigungsbereich sich finden, und an zweiter Stelle in einem ganz deutlichen Abstand — von 683 Unfällen zu 42 Unfällen, das heißt, 90 Prozent fällt unter die erste Rubrik und nur 10 Prozent unter die zweite Rubrik — Unfälle, die auf dem Schulheimweg passieren. Da liegt also, wie gesagt, nicht das Hauptproblem.

- (A) Weiter zu den Möglichkeiten einer besseren Verkehrserziehung! Auch meine Vorredner haben das Problem schon angesprochen. Selbstverständlich sollen die Eltern nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden, sondern sie sind in erster Linie, meine ich, verpflichtet, ihre Kinder auf den Verkehr vorzubereiten. Sie haben die Möglichkeiten, hier an erster Stelle etwas zu tun.

(Beifall bei der FDP)

Aber wir wissen auch, Eltern sind in der Regel berufstätig und haben heute nicht mehr soviel Zeit, so daß der Schule als zweitwichtigster Institution die Aufgabe zukommt, die Verkehrsmoral der Kinder nachdrücklich zu erhöhen.

Jetzt muß ich doch eine Frage gleich anhängen! Es gibt ja auch, herausgegeben vom Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst, zum Beispiel „Übungen mit dem Fahrrad“, eine Handreichung zum Lehrplan Verkehrserziehung. Meine Fragen dazu: Wo und durch wie ausgebildete Lehrer wird nach diesem Lehrplan überhaupt verfahren? Welche Schulen wurden bisher mit der Verkehrsschule, die hier ausdrücklich angesprochen worden ist, ausgerüstet? Welche Schulen sollen noch ausgerüstet werden?

Es heißt hier in dem Schreiben, daß im Grunde nur einzelne Schulen damit ausgerüstet werden. Grundsätzlich, meine ich, sollten schon alle Primarbereiche damit ausgerüstet werden. Das halte ich für selbstverständlich. Ich meine auch — dies als kleine Anregung einmal, weil es hier heißt, es sei doch mit einigen Kosten verbunden, wenn man dieses gesamte Muster kauft —, vielleicht ist das einmal ein Thema, den Werkunterricht in den Schulen etwas praktischer zu gestalten und vielleicht auch einmal ein paar Verkehrszeichen basteln zu lassen anstatt irgendwelche Pappkartons oder ähnliche Sachen. Vielleicht könnte das dazu beitragen.

(B)

(Beifall bei der FDP — Abg. Kähler [SPD]:
Oder Papierkörbe für die Straßenbahn!)

Es ist als drittes zu nennen die Verantwortung auch privater Organisationen, die sich — sie sind hier auch schon von meinen Vorrednern genannt worden — zum Teil vorbildlich verhalten haben. Ich möchte als eine der Möglichkeiten aber auch ansprechen die jetzt neugeschaffenen Bürgerhäuser, zum Beispiel das Bürgerhaus Weserterrassen, das auch in Zusammenarbeit mit der Schutzpolizei Verkehrsunterricht für Jüngere durchgeführt hat. Ich meine, das ist ein Beispiel, das Nachahmung in anderen Bürgerhäusern der Stadt finden sollte, die jetzt nach und nach entstehen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn man diese Initiative, die hier schon aufgegriffen worden ist, auch in anderen Stadtteilen nachvollziehen würde.

Ein weiterer Punkt ist, daß man — vielleicht haben Sie es gelesen — wie in Skandinavien Kinderverkehrsclubs einrichtet, allerdings nicht ganz kostenlos, die für 22 DM im Jahr zweimal im Jahr Kindern von drei bis sechseinhalb Jahren Lernspielpäckchen

zusenden, mit denen die Kinder systematisch auf den Verkehr vorbereitet werden. Träger dieser Aktion war die Deutsche Verkehrswacht.

(Abg. Jettka [SPD]: Kinderverkehrsclub,
Herr Kollege!)

Kinderverkehrsclub, ja! Träger ist die Deutsche Verkehrswacht gewesen. Das ist auch ein Punkt, den man vielleicht einmal in der Schule ansprechen sollte und an die Eltern weitergeben sollte, ob sie interessiert sind, ihre Kinder in diesem Sinn zu fördern. Ich meine, das wäre eine weitere Möglichkeit.

Zum nächsten Punkt, Verbesserung der Schulwegsicherung! Es gibt natürlich die Möglichkeiten, Ampeln, Schutzgitter, Schülerlotsendienste oder Sonderlotsendienste einzurichten, wie wir sie ausnahmsweise in der Lüneburger Straße, Schule Lessingstraße, zeitweilig hatten.

Wir haben dabei natürlich gewisse Probleme. Sie wissen es selbst, die Beiräte — ich war selbst vorher in einem Beirat — entscheiden mit über Ampelmaßnahmen. An erster Stelle wird natürlich von den Schulen gewünscht, Ampeln vor den Schulen aufzustellen. Auf der anderen Seite sind Ampeln auch nicht billig, und es kommen dann natürlich wieder die Argumente, im Grunde sei die Auslastquote sehr gering, sie seien nur zwei Stunden am Tag in Betrieb. Wenn man dagegen sieht, wo die Mehrheit der Bevölkerung über die Straße geht und man hat dort noch keine Ampeln, so möchte man seitens der Behörden natürlich zunächst einmal an den sogenannten Hauptbrennpunkten oder gefährdeten Punkten Ampeln installieren, und man kommt erst in zweiter Linie dazu, sie vor den Schulen aufzustellen. Es wäre zu begrüßen, wenn weitere Mittel für Ampelsicherungen bereitgestellt werden könnten. Längst ist noch nicht vor jeder Schule eine Ampel.

(C)

(D)

Die Schutzgitter — um diese kurz anzusprechen — sind auch ein Problem. Sie sollen natürlich helfen, Kinder abzuhalten, auf die Straße zu laufen. Aber wer von uns hat nicht schon erlebt, daß Schutzgitter auch gleichzeitig als Spielgitter benutzt worden sind und so die Kinder beim Turnen auf diesen Gittern eher auf die Straße gekommen sind! Ich habe das selbst auch in der Schule Schmidtstraße erlebt. Ich halte die Schutzgitter zwar für eine Möglichkeit der Verkehrssicherung, aber nicht für die beste.

Dann zum letzten Punkt, straßen- und städtebauliche Möglichkeiten! Ich meine, wir sollten versuchen, die Einrichtung von Verkehrskindergärten insbesondere in Neubaugebieten zu fördern. Es gibt in Bremen auch ein Modell dazu. Es ist natürlich klar, daß das eine Platzfrage ist. In Altbaugebieten wird es ohne weiteres nicht möglich sein.

Vielleicht können wir als ersten Ansatzpunkt damit beginnen, daß wir die Schulen — Sie wissen, ich hatte damals den Antrag gestellt, die Pausenhöfe der Schulen freizugeben — einbeziehen und die Schulhöfe erweitern, weil sich dort der Platz ergibt, Verkehrskindergärten zu installieren. Abstellraum wäre in der Schule sicher auch gegeben, so daß nicht extra

- (A) neue Flächen gekauft und angelegt werden müssen. Ich halte das für eine Möglichkeit, in Alt- und Neubaugebieten die Verkehrserziehung weiter zu fördern.

Ich möchte mit diesen Ergänzungen schließen und sagen, daß wir sehr froh wären, wenn sie in den Bericht mit aufgenommen werden könnten. Wir stimmen dem Antrag zu. — Danke schön!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Feuß.

Abg. **Feuß** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich fühle mich herausgefordert, hier als jemand heraufzukommen, der sich nicht mit Fragen des Innenressorts befaßt, sondern hauptsächlich mit Bau. Ich möchte auf den Beitrag von Herrn Dr. Cassens eingehen, der gesagt hat, es gäbe zwei Möglichkeiten, dem Problem beizukommen. Die eine sei Verkehrserziehung — ich verkürze das — und die andere die Veränderung der objektiven Verhältnisse, wie wir sie im Straßenverkehr vorfinden, also der materielle Bereich.

Ich meine, Herr Dr. Cassens, das ist richtig, und Ihr Beitrag hat mich auch durchaus überzeugt, nur war die Gewichtung wohl nicht ganz richtig. Sie haben sich im weiteren Verlauf Ihres Beitrags fast ausschließlich mit der Verkehrserziehung beschäftigt, ohne sich auch darauf zu konzentrieren, wie man die materiellen Verhältnisse ändern kann. Mein Fraktionskollege Dittrich hat gesagt, daß das für uns eine mindestens ebenso wichtige Sache sei, und ich kann darauf verweisen, daß wir in der letzten oder vorletzten Sitzung der Stadtbürgerschaft über die bauliche Veränderung von Wohnstraßen beraten haben, daß der Antrag auch einhellig angenommen wurde und daß wir auf diesem Weg arbeiten wollen.

Herr Dr. Cassens, Sie haben weiter gesagt, Kinder seien von Natur aus nicht in der Lage, gewisse Dinge rational zu bewältigen. Ich möchte das wegen der Gewichtung hier noch einmal angesprochen haben. Es ist eben manchmal völlig egal, ob ein Schild da steht und ob das die richtige Höhe hat, weil, wie Sie richtig gesagt haben, Kinder rational nicht in der Lage sind, so etwas auch zu erfassen.

Ich darf mir mit Genehmigung des Herrn Präsidenten erlauben, aus dieser Broschüre „ACE Lenkrad“, die wir alle in den Fächern gefunden haben, einen Absatz zu zitieren:

„Noch allerdings, meinen unsere Interviewpartner, hoffen die Ministerialen, sich um das Thema Verkehrsberuhigung herumzulegen zu können. Sie stützen sich dabei auf die Verhaltensweise des Bundesverkehrsministeriums, wo man allem Anschein nach noch immer die klassische Strategie bevorzugt, derzufolge sich die Kinder durch Verkehrserziehung dem tödlich falsch organisierten Stadtverkehr anpassen lassen. Daß sich der Verkehr durch eine entsprechende Verkehrsplanung den Bedürfnissen und Wünschen des Menschen nach Sicherheit, Freiraum und

Ruhe anpassen läßt, das scheint aus schwer verständlichen Gründen nur für die da oben nicht verständlich zu sein.“

Ich glaube, mit diesem Zitat bekräftige ich noch einmal den damaligen Beschluß der Stadtbürgerschaft, daß wir aufgerufen sind, im materiellen Bereich unserer Straßen schleunigst etwas zu tun, damit im Bereich der Verkehrserziehung die Dinge überflüssiger werden.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag mit der Drucksachen-Nummer 9/498 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Bremen

Antrag der Fraktion der FDP

vom 11. Mai 1977

(Drucksache 9/500)

1. Lesung

(B)

(D)

Die Bürgerschaft (Landtag) hat zu Beginn ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, diesen Punkt von der heutigen Tagesordnung abzusetzen. Der Antrag kommt auf die Tagesordnung der Juni-Sitzung.

Hamme-Niederung

Antrag der Fraktion der FDP

vom 11. Mai 1977

(Drucksache 9/501)

Der Antrag mit der Drucksachen-Nummer 9/501 ist unterschrieben von dem Abgeordneten Lahmann und Fraktion der FDP. Der Antrag liegt den Abgeordneten gedruckt vor.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Meinung, daß die Flußlandschaft der Hamme-Niederung im Gebiet Teufelsmoor als Feuchtraumlandschaft weitgehend in ihrem jetzigen Zustand erhalten bleiben muß.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert daher den Senat auf, im Rahmen der gemeinsamen Landesplanung mit Niedersachsen darauf hinzuwirken, daß die auf die Errichtung eines Erholungsgebiets abgestellten Planungen nicht realisiert werden.

Die Beratung ist eröffnet.

Wir haben eine Redezeit von bis zu 10 Minuten je Fraktion vorgesehen.

Das Wort hat der Abgeordnete von Groeling-Müller.

(A) Abg. v. Groeling-Müller (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie mögen fragen: Was haben wir denn im Feuchtraumgebiet der Hamme zu tun, wollen wir da botanisieren gehen? Nein, meine Damen und Herren, dieses Hammegebiet sollte für uns Bremer ausgebaut werden! Dieses Hammegebiet liegt vor unserer Tür als Teufelsmoor, und die Binnenhochwasserschwierigkeiten kann Niedersachsen nur in Zusammenarbeit mit Bremen beseitigen. Außerdem erfolgen in der letzten Zeit innerhalb Niedersachsens Absprachen zur Veränderung der vorliegenden Planung. Da das in den Bereich der Gemeinsamen Landesplanung Bremen/Niedersachsen gehört, wäre es an uns, uns hier entsprechend zu beteiligen und nicht die anderen allein handeln zu lassen, denn wir sind nicht nur zu 50 Prozent, wir sind zum Teil zu 70 Prozent betroffen von Maßnahmen in dieser unserer Nachbarschaft.

Ausgangspunkt sind also die sich verändernden Absprachen.

(Abg. Tepperwien [SPD]: In der Koalition!)

Ja, in der Koalition, das ist richtig! Aber, Herr Kollege, ich darf Sie trösten, in der letzten Woche haben entsprechende Gespräche mit dem ehemaligen niedersächsischen Landwirtschaftsminister, Ihrem SPD-Landtagskollegen aus Niedersachsen, Herrn Bruns, ebenfalls stattgefunden, und auch er sieht heute deutlicher als in der Vergangenheit, daß das, was da einstmals angegangen wurde, zu groß dimensioniert war.

(B)

Wie sieht es aus mit dem Teufelsmoor-Erholungspark? Hier war eine Zielvorgabe, die, wie jetzt allgemein erkannt wird, überdimensioniert war. Allein die Stadt Osterholz-Scharmbeck ist noch ein wenig unentschlossen, sie träumt noch von ihrem großen See. Aber im Prinzip steht heute eines fest: Weder die Bremer, die dort hin wollen oder sollen, noch die Niedersachsen, die dort anliegen, wollen einen Riesenrummelplatz. Sie wollen auch keine großen Wochenendhausgebiete, meine Damen und Herren, sie wollen auch kein Zwischenahner Meer im großen Stil mit starkem Motorbootsverkehr, sie wollen bescheidener werden. Dazu sind eine Reihe von Initiativen im Gang.

Fest steht eines, und das müssen wir unseren niedersächsischen Kollegen vorhalten: Sie haben den ersten Schritt zur Zerstörung der Teufelsmoorlandschaft getan. Mit dem Campingplatz bei Neu-Helgoland hat eine Verschandelung begonnen! Man sollte sich also nicht wundern, wenn aus diesem Anfang solch einer Verunzierung neue Ideen aufkeimten, das Teufelsmoor in dieser oder jener Weise zu verpflastern.

Wir wollen mit unserem Antrag den Senat bitten, die Absprache einige Nummern kleiner zu gestalten, nicht einen Großsee, sondern kleinere Seen, weil wir sehen, daß durch die zahlreichen Baggerseen entlang der Autobahn nicht so viele bremische Besucher, wie man einst gerechnet hatte, kommen werden. Die

Erholungslandschaft wird also von so vielen Bremern nicht bevölkert werden. Wir wollen mehr eine Natur, die nicht beeinträchtigt ist von solchen Dingen. Wir würden lieber anstatt von Riesenwochenendhausgebieten von Ferien auf dem Bauernhof bei den Teufelsmoorbauern träumen, und das ist auch deren Absicht.

(C)

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen die Folgen zuerst geschildert, die man als Anlieger der Umgestaltung der Landschaft zu befürchten hatte und zum Teil auch im Auge und in Planung hatte. Das können Sie in den Gutachten zu dem Projekt nachlesen. Es sind ja mehrere erstellt worden.

Es geht also um die Gestaltung des Feuchtraumgebiets. Vorab ist dazu zu sagen, das Teufelsmoor — dieses Hammegebiet — ist schon Kulturlandschaft, abgetorft in wesentlichen Teilen. Aber diese Kulturlandschaft hat sich in den letzten rund hundert Jahren zu einer Landschaft eigener Art, eigenen Reizes entwickeln können, zu einem Feuchtraumgebiet, das Brutgebiet für Wasservögel und Kleingetier ist, also eine ganz erhebliche Zuflucht für Tiere in der Natur bietet.

Dazu wirkt dieses Feuchtraumgebiet erheblich klimatisch ausgleichend. Dieses Gebiet saugt sich mit den Regenwässern oder den Schmelzwässern des Winters voll. Je stärker es kanalisiert wird, desto mehr fließt das Wasser direkt ab. Wir haben jetzt schon, wenn wir nichts weiter tun, mit einer zunehmenden Austrocknung und absinkendem Grundwasser zu kämpfen in den ganzen Gebieten. Das trifft vor allem die umliegenden Geestgebiete, aber auch schon das reine Teufelsmoorgebiet verzeichnet Grundwasserabsenkungen, die diese Naturlandschaft zu zerstören drohen. Nicht umsonst sind die beteiligten Partner von Niedersachsen in Gesprächen zur Umgestaltung doch zur Eile getrieben worden.

(D)

Wir sollten diese Initiativen von nebenan aufnehmen, um früher Abgesprochenes zu ändern in Richtung Feuchtraumgebiet Teufelsmoor. Bitte in etwa folgender Gestaltung: Man soll eben mehrere Klappstaus einrichten, die sich auch in Stufen bauen lassen. Man soll mehrere kleine Seen errichten und nicht einen Mammutsee. Die Bauern dieses Gebiets sind bereit, die Frühjahrsüberschwemmungen, die uns das schöne Eislaufgebiet zum Teil liefern, hinzunehmen, wenn ab April bis Oktober die Überschwemmungen verhindert werden können.

Die schwierigste Absprache in diesem Bereich wäre die Gestaltung von Lesumschöpfwerken, über deren Lage die Fachleute im einzelnen streiten. Vom Lesumsperrwerk bis zur Ritterhuder Schleuse gibt es ohnehin noch eine ganze Reihe zusätzlicher Vorstellungen, aber hier läßt sich technisch, ökologisch und wasserwirtschaftlich Vernünftiges verabreden. Wir bitten, unseren Antrag als Auftrag an den Senat aufzufassen, die Vorgänge und die Initiativen, die aus Niedersachsen kommen, zu unterstützen. — Danke!

(Beifall bei der FDP)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Brasse.

Abg. Brasse (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin ein bißchen erstaunt über das, was hier von der FDP ausgeführt worden ist. Herr von Groeling-Müller, Sie wollen, daß sich der Senat für eine Verkleinerung des geplanten Projekts in der Hammeniederung einsetzt. Ihr Antrag besagt aber — und lesen können wir wohl alle —, Sie wollen nicht. Zur falschen Zeit etwas Richtiges zu sagen, ist für einen Politiker schlimm. Zur falschen Zeit etwas Falsches zu beantragen, ist meistens nicht wieder gutzumachen und unverantwortlich.

Nun zu Ihrem Antrag selbst! Durch die Gesellschaft für Landeskultur mbH in Bremen ist im Auftrag des niedersächsischen Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ein Gutachten über ein Entwicklungsprogramm Teufelsmoor erstellt worden. Dieses Gutachten wurde Anfang 1973 bekannt. Es ist kein festgeschriebener Maßnahmenkatalog, wenn ich es richtig lese.

Es hat eine Erörterung eingesetzt, wie eine zukunftssträchtige Lösung der bekanntgewordenen Problematik erfolgen kann. Vielfältige Alternativen sind eingebracht worden, und die Diskussionen darüber sind noch in vollem Gang. So sind selbstverständlich bei dem Projekt in dem benachbarten niedersächsischen Landkreis bremische Interessen berührt, da es sich für uns um ein ausgedehntes Freizeit- und Erholungsgebiet handelt.

(B) Durch eine Entscheidung der neuen niedersächsischen Landesregierung ist aus finanzpolitischen Gründen eine sinnvolle Verwirklichung des Teufelsmoorprojekts auf Eis gelegt worden. Dies kann man begrüßen, wie es die FDP mit ihrem Antrag logischerweise tut. Wir können dies aber nur bedauern.

(Abg. Meyer [SPD]: Aha! Wer ist denn da noch in der Regierung?)

Zu dem Bedauern erklärt sich die CDU Bremen.

(Abg. Meyer [SPD]: Sehr gut!)

Für uns ist die Entscheidung dort aber keine Beerdigung erster Klasse, wie Sie dies im Rahmen der Gemeinsamen Landesplanung anscheinend wollen. Trotzdem können wir die in Niedersachsen getroffene Entscheidung nicht ändern, weil das außerhalb unseres Kompetenzbereichs liegt. Die Christlich-Demokratische Unionsfraktion dieses Hauses kann und will auf der anderen Seite den souveränen niedersächsischen Beschluß durch einen solchen Antrag auch nicht sanktionieren. Das wäre ein Stoß in die falsche Richtung und gehört nicht zur Aufgabe der Bremischen Bürgerschaft. Deswegen ist es generell zu begrüßen, wenn man sich um das Teufelsmoor Gedanken macht. Nichts zu tun ist falsch und unverantwortlich.

Für die Fraktion der CDU darf ich folgendes erklären: Genauso wie bei anderen Projekten und Vorhaben in den niedersächsischen Nachbargemeinden

und Kreisen wollen wir Gespräche in die eine Richtung, die Gemeinsame Landesplanung. Der Erholungswert des Teufelsmoorgebietes für die bremische Bevölkerung muß erhalten bleiben. Insofern ist die Feuchtraumlandschaft zu erhalten. Ob dies in dem jetzigen Zustand geschehen muß, möchte ich nachdrücklich bestreiten.

Die Meinungen von Experten, daß ein periodischer Wasserüberschuß von zirka zehn Millionen Kubikmetern — hauptsächlich im Herbst und Winter — zurückgehalten beziehungsweise gespeichert werden solle, sind sicher nicht zu bestreiten. Die daraus resultierende Frage, wie dies am zweckmäßigsten zu lösen ist, können wir hier nicht beurteilen, entscheiden oder verhindern. Es gibt dazu etliche Vorschläge, wie sinnvolle Lösungen möglich sein könnten, die von Sachverständigen alternativ beraten und in der Gemeinsamen Landesplanung erörtert werden sollten. Aus dieser Entscheidungsfindung darf Bremen nicht ausgeschlossen werden.

(Beifall bei der CDU)

Vielleicht teilen Sie aber unsere Auffassung, wenn ich sage, eine bekanntgewordene Planung, die erstens eine Zerstörung der typischen Hammellandschaft, zweitens die Inanspruchnahme wertvoller landwirtschaftlicher Flächen und drittens ein Verkehrschaos auf den Zufahrtstraßen zu einem — wie auch immer gearteten — Vergnügungspark mit kommerziellem Charakter, also einer Verfremdung des Teufelsmoors, anstelle eines Erholungsgebiets bewirkt, muß aus bremischer Sicht abgelehnt werden.

(Beifall bei CDU und SPD)

Landwirtschaftliche Interessen müssen und können gewahrt bleiben und sollten durch die erwähnten Wasserbaumaßnahmen sogar verbessert werden. Nicht nur die Osterholzer wissen, daß die wasserwirtschaftliche Situation des Teufelsmoorbereichs äußerst schlecht ist und verbessert werden muß.

Meine Damen und Herren von der FDP, auch Ihnen sollte dies bewußt sein! Mit Ihrem Antrag — Herr Lahmann ist leider nicht da — torpedieren Sie eine sorgfältige Lösung der anstehenden Probleme, wohl gemerkt, wenn ich den Antrag richtig deute. Unsere Aufgabe kann dies nicht sein!

Welche Gründe auch immer Ihren Antrag ausgelöst haben mögen — zur Unterstützung Ihrer Fraktion in der niedersächsischen Koalition womöglich —, sie finden nicht unsere Zustimmung. Wir wollen die Zukunft nicht verbauen. Das machen Sie aber mit Ihrem unnötigen Antrag, der nur vorgeblich die Zukunft der sogenannten Feuchtraumlandschaft sichern will, aber einen Status quo festschreiben soll, nur um — lassen Sie mich das einmal salopp sagen! — einigen Traumtänzern aus Fischerhude mit Fäden nach Hannover einen Gefallen zu tun.

Von der FDP ist gestern gesagt worden, wer Fortschritt will, muß Schritte in die Zukunft wagen. Diese Auffassung teile ich vollinhaltlich bei diesem Tagesordnungspunkt. Sie verschließen sich meiner Ansicht

(C)

(D)

- (A) nach aber mit Ihrem Antrag einem — wie auch immer zu gestaltenden — Freiheits- und Erholungsraum. Sie verbauen gleichzeitig neben gutachtlich begründeten notwendigen Maßnahmen zum Ausgang des zwanzigsten Jahrhunderts eine notwendige Verbesserung des allgemeinen Erholungswerts für alle Zeiten. Einen derartigen Eingriff in die Planungshoheit der Nachbargemeinde beziehungsweise der niedersächsischen Landesregierung und damit Ihren Antrag lehnen wir ab.

Die zukunftsweisenden Gespräche über die gesamten Projektierungsfragen sollen und müssen in der Kommission der Gemeinsamen Landesplanung fortgeführt werden. Die erholungsuchende Bevölkerung des Landes Bremen hat darauf einen Anspruch, wann auch immer eine Realisierung möglich ist.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Meyer.

Abg. Meyer (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es muß wohl eingangs gesagt werden, daß wir — ähnlich wie Herr Brasse das eben ausgedrückt hat — von dem Antrag der Freien Demokraten überrascht gewesen sind, zumal wir bei verschiedenen Debatten sowohl in diesem Haus als auch in der zuständigen Deputation bis zum heutigen Tag beziehungsweise bis zum Eingang dieses Antrags immer einer Meinung gewesen sind.

- (B) Die Begründung, die hier heute gegeben worden ist, überrascht mich noch mehr, denn das ist eine Diskussion gewesen, die wir vor drei Jahren schon einmal in diesem Haus geführt haben und die damals einmütig in eine bestimmte Richtung geführt worden ist. Ich wiederhole das deswegen, damit Sie noch einmal für sich selbst — Herr von Groeling-Müller war damals nicht Mitglied dieses Hauses — das in Ihre Erinnerung zurückrufen können, um was es bei der Planung des Teufelsmoorsees im einzelnen geht.

Es geht insbesondere darum, daß wir der Landwirtschaft in diesem Gebiet helfen müssen, damit die Vegetationszeit sich dort verlängert und damit die häufigen Überschwemmungen in diesem Gebiet ein Ende haben. Um dies zu erreichen, ist seinerzeit ein Gutachten in Auftrag gegeben worden. Dieses Gutachten ist schon ausführlich diskutiert worden.

Wir haben — der Senat und auch dieses Haus in seiner Gesamtheit — damals erreicht, daß die Intention des Gutachtens auf einen Vergnügungspark hin, mit Eintritt und allen Folgerungen, insbesondere von seiten Bremens, aber auch von Niedersachsen abgelehnt und dementsprechend geändert worden ist.

Wir haben daraufhin Ende 1976 in unserer Deputation einstimmig beschlossen, daß wir einem Zweckverband für den Teufelsmoorsee beitreten wollen. In dem Satzungsentwurf für diesen Zweckverband, Herr von Groeling-Müller, ist eindeutig formuliert — ich darf das hier einmal zitieren —: „Bei der Erfüllung der Aufgaben sind die Belange der Land- und Forstwirtschaft, des Naturschutzes und der Land-

schaftspflege, der Wasserwirtschaft sowie der Jagd und Fischerei zu wahren.“ Also sind unsere Anregungen in der Vergangenheit eindeutig in den Satzungsentwurf aufgenommen worden.

Ich habe seinerzeit noch für unsere Fraktion zusätzlich in der Deputation erklärt, daß wir von seiten Bremens die Mitgliedschaft in dem Zweckverband sofort überprüfen würden, wenn es zu einer stärkeren Kommerzialisierung des Sees kommen würde. Auch das ist einstimmig in den Beschlußvorschlag aufgenommen worden. Übrigens war zu diesem Zeitpunkt damals in Niedersachsen schon die CDU-Regierung im Amt.

Minister Glup hat das Gebiet im Juni letzten Jahres inspiziert und hat zur Teufelsmoorplanung erklärt — ich darf das zitieren aus der „Nordsee-Zeitung“ —: „Ich glaube, daß hier sachlich und vernünftig geplant worden ist.“ Insofern bestehen also auch hier in bezug auf den See als wasserwirtschaftliche Maßnahme überhaupt keine Unstimmigkeiten!

Dann hat die erste Sitzung des Planungsrats der Gemeinsamen Landesplanung stattgefunden. Niedersachsen hat als Land — übrigens zu dem Zeitpunkt des Beginns der Koalitionverhandlungen mit der FDP, darauf komme ich gleich noch einmal zurück — in einer Vorlage für den Planungsrat im Dezember 1976 ausgeführt — ich zitiere das, weil mir das sehr wichtig und sehr vernünftig zu sein scheint, was hier ausgedrückt ist —:

„Dabei werden erhebliche Vorteile für die Landschaftspflege, nämlich die Ausweitung des Naturschutzgebiets ‚Breites Wasser‘, die Anlage von Flachwasserzonen mit einem Stand von zwischen 20 und 50 Zentimetern und die Schaffung von ökologischen Zellen in einer Größe von rund 700 Hektar, geschaffen. Für den Erholungssektor werden Möglichkeiten für Baden, Bootssport, Angeln und Wandern auf besonders angelegten Wanderwegen geboten. Die infrastrukturellen Einrichtungen werden von einem noch zu gründenden Zweckverband im Rahmen des Flächennutzungsplans der Stadt Osterholz-Scharmbeck an einer Stelle konzentriert. Eine Randbebauung des Rückhaltebeckens ist nicht vorgesehen, so daß der Zugang zum Rückhaltebecken für die gesamte Bevölkerung offengehalten wird.“ Zu diesem Zeitpunkt also immer noch eindeutig eine positive Stellungnahme Niedersachsens zu dem See, weil er wasserwirtschaftlich für die Landwirtschaft in diesem Gebiet einfach notwendig ist!

Hat sich nun — und das ist die Frage — einiges in der Sache geändert? Herr von Groeling-Müller, Sie haben sich ja gemeldet und geben darüber vielleicht noch Auskunft! Hat sich sachlich einiges geändert, nachdem die FDP bei uns immer diesem Zweckverband und den Intentionen in bezug auf den See zugestimmt hat? Oder sind es andere Gründe, die zu der Kehrtwendung der niedersächsischen Landesregierung geführt haben?

Diese Kehrtwendung deutet sich an nach dem Ende der Koalitionsverhandlungen zwischen FDP und CDU. So hat Minister Glup in der „Wümme-Zeitung“

(C)

(D)

- (A) vom 27. Januar 1977 erklären lassen — und das ist ein sehr interessanter Satz, der jetzt kommt, meine ich —, der Minister hat deutlich durchblicken lassen, daß wegen unterschiedlicher und widersprüchlicher Willensäußerungen der Teufelsmoorbauern sein Ministerium andere Prioritäten habe festsetzen müssen, und zwar — jetzt kommt es, meine Damen und Herren — zugunsten des Baus der Siebertalsperre im Harz.

Das Landwirtschaftsministerium hat es jetzt natürlich schwer, eine Kehrtwendung zu vollziehen, um von dem See zu dem zu kommen, was die Landesregierung will, Herr von Groeling-Müller, und die Landesregierung Niedersachsen will nämlich schon gar nicht mehr mehrere kleine Teilseen als Wasserrückhaltebecken, sondern die Landesregierung will schlichtweg ein Schöpfwerk bei Ritterhude errichten, durch das das Wasser schnell durch das Gebiet gezogen werden kann.

Für die zweite Sitzung des Planungsrates in der kommenden Woche hat das Landwirtschaftsministerium eine interessante Vorlage zu diesem Thema erarbeitet und spricht davon, daß es durch ein solches Schöpfwerk zu einer „gewissen Entlastung“ kommen würde, daß allerdings — so lese ich aus diesem Bericht heraus — dieses Schöpfwerk nicht zu einer entscheidenden Entlastung dieses Gebietes führen wird. Hier wird übrigens noch zitiert, daß diese Anregung in bezug auf das Mündungsschöpfwerk „auf Anweisung des Herrn Ministerpräsidenten“ erfolge.

(B)

All das sind deutliche Zeichen dafür, daß hier sachfremd versucht wird, eine alte Klamotte, nämlich dieses Schöpfwerk, das bis zum Dezember letzten Jahres von allen Fachleuten immer als sachlich nicht möglich abgelehnt worden ist, jetzt aus der Mottenkiste herauszuholen, um es auf einmal aufgrund der Koalitionsvereinbarungen durchzusetzen.

Meine Damen und Herren, um eine Wertung zu geben — und deswegen werden wir den Antrag, weil er unseres Erachtens wirklich völlig sachfremd ist, ablehnen müssen —, es ist doch eines völlig klar: Das Landwirtschaftsministerium hält die Entwicklung, wie sie sich jetzt in Niedersachsen anbahnt, nicht für sachgerecht. Die Prioritätenentscheidung ist zugunsten des Harzstausees gefallen, weil man attraktive Erholungsgebiete vor den Toren Bremens eben nicht von Niedersachsen finanzieren will. Das steckt eindeutig dahinter.

Das mag, meine Damen und Herren, für die niedersächsische FDP noch ein Argument sein, daß sich aber die Bremer Freidemokraten an diesem Spiel mit naturkundlich verbrämten Anträgen beteiligen, ist unseres Erachtens nicht die feine bremische Art!

(Beifall bei SPD und CDU)

Wir sehen deswegen mit Interesse der Sitzung des Planungsrates in der nächsten Woche entgegen. Ich bin wirklich gespannt, wie das niedersächsische Landwirtschaftsministerium diese sachfremde, politisch

verbrämte Entscheidung sachlich begründen wird. (C)
Wir werden diesen Antrag ablehnen!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete von Groeling-Müller. Sie haben noch eine Redezeit von einer Minute.

Abg. v. Groeling-Müller (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hätte eine Menge sachlicher Gründe dem Kollegen Meyer zu sagen. Einer der Gründe wäre, daß wir leider ausgeschlossen worden sind aus der Gemeinsamen Landesplanung und daran nicht beteiligt sind, deshalb stimmt natürlich manches von bremischer Seite aus.

(Abg. Meyer [SPD]: Sie haben ein schlechtes Wahlergebnis gehabt!)

Nein, das hatten wir nicht, sondern Sie haben einfach gewählt! Normalerweise sind die Fraktionen beteiligt. In diesem Fall haben Sie die FDP ausgeklammert. Das läßt sich noch korrigieren, ich bitte da um Verständnis.

Die Dinge sind im Gespräch. Es ist nicht aufs Schöpfwerk gezielt, und die Niedersachsen haben eine ganze Reihe von Überlegungen zusätzlich eingebracht, nicht unbedingt diesen groß projektierten Badesee haben zu wollen, sondern Stauseen, in Stufen, die auch stufenweise zu finanzieren sind.

Wir wollten nur mit unserem Antrag anregen, daß unsere Regierung ein gewisses offenes Ohr hat für Umplanungen auf dieser Seite, die in fester Absprache mit den Anliegern und zum Schutz der landwirtschaftlichen, ökologischen und sonstigen Schutzgebiete vorgenommen wurden. (D)

Aber der Gipfel der Unverschämtheit ist die Zensurierung durch den Kollegen Brasse! Herr Brasse, falsche Zeit können Sie ja auch nur als Ignorant feststellen, wenn wir in laufende Verhandlungen von hier aus gewisse Vorschläge einbringen wollen! Das ist die Bonbonverkleberei ans Hemd! So versucht man, Kollegen zu diffamieren! Sie sagen, es sei nichts beantragt! Da müßten Sie wissen, was über das Teufelsmoorprojekt in Rede war, und nicht mit so dümmlichen Oberflächlichkeiten kommen! — Danke!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Schumacher.

Abg. Schumacher (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glöof, lutes Bölken von de FDP, dat helpt ook nix, de hefft hier vandag natte Fööt kreegen.

(Stürmische Heiterkeit und starker Beifall bei CDU und SPD)

Se schall sick woorn, no dat Düvelsmoor to gaan, villicht steckt de Buurn jem dor in'n Flootgraaben,

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) un se kreeg denn erst recht nich blot natte Fööt, sonnern ward denn patschnatt bit öber de Ohren.

Wenn up'n Lanne von Water snackt ward, denn mutt man weeten, dat et dor so veel Meenungen giff, wie et ook Minschen dor giff. Un dat eene kann man so mooken, un dat annere kann man so mooken! Un wenn dat Geld nich dor is, denn mutt man sick dorno richten, wie dat am besten to mooken is.

Dat in'n Düvelsmoor wat passeeren mutt, dat weet wi all. Ober dat schient hier von Bremen ut doch dat Richtige to wesen, se dorbi een beeten gewähren to loten un mit vernünftige Vorschläg von dor to komen. Wi hefft to rechten Tied dorbi uptopassen, as dat so geiht, dat de Bremer dor ok noch wat von hefft, dat heet, dat se dor mol to Foot oder mit Rad oder mit Schip henföhren könnt.

Un wenn dat all dor is — un dat is hier von all seggt worn, allerdings ook von de FDP, dat se dor wat bistüern will un ook bi helpen will —, denn glöof ick, denn sind wi up'n richtigen Pad, ook mit use Osterholz-Scharmbecker.

(Starker, anhaltender Beifall — Abg. v. Hassel [SPD]: Dat wär eene fine Reed!)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Schumacher, wenn unser Protokolldienst Schwierigkeiten hat, dann müssen Sie Ihre Rede selbst redigieren.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(B) Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag mit der Drucksachen-Nummer 9/501 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Verteilung der Umsatzsteuer

Antrag der Fraktion der FDP
vom 11. Mai 1977
(Drucksache 9/502)

Der Antrag Drucksache 9/502 ist unterzeichnet von dem Abgeordneten Lahmann und Fraktion der FDP. Er liegt den Abgeordneten gedruckt vor.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, bei den Beratungen über das Steueränderungsgesetz 1977 und bei den Verhandlungen über die Verteilung der Umsatzsteuer auf den Abbau der von Bund und Ländern gemeinsam finanzierten Gemeinschaftsaufgaben hinzuwirken.

Diese Aufgaben sollen künftig in ausschließlicher Zuständigkeit der Länder erfüllt werden. Der Anteil der Länder am Steueraufkommen ist entsprechend zu erhöhen.

(C) Solange diese Forderungen nicht verwirklicht sind, soll sich der Senat dafür einsetzen, daß die Förderungsmittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe — Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes — aufgeteilt werden in Mittel zur Verbesserung der Agrarstruktur einerseits und Mittel für den Küstenschutz andererseits.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Lahmann.

Wir haben uns bis zu 15 Minuten pro Fraktion als Redezeit vorgenommen.

Abg. Lahmann (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach diesem menschlich sehr angenehmen und von Lokalkolorit geprägten Punkt, den wir eben hinter uns gebracht haben, fällt es ein wenig schwer, jetzt auf eine weit in die Bundespolitik hineinreichende Thematik zu sprechen zu kommen, die auch verhältnismäßig spröde und verhältnismäßig schwer verständlich ist.

Ich bitte trotzdem um Verständnis dafür, daß die FDP-Fraktion zum gegenwärtigen Zeitpunkt Ihnen einen Antrag vorgelegt hat, der dazu führen soll, daß der Senat aufgefordert wird, bei den Beratungen über das Steueränderungsgesetz 1977 und bei den Verhandlungen über die Verteilung der Umsatzsteuer zwischen Bund und Ländern auf den Abbau der von Bund und Ländern gemeinsam finanzierten Gemeinschaftsaufgaben hinzuwirken.

(Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz)

(D)

Das ist die Quintessenz dieses Antrags, die sich gleich aus dem ersten Satz ergibt. Insofern ist die Überschrift, die von der Verwaltung über den Antrag gesetzt worden ist, ein wenig irreführend. Es geht nicht in erster Linie um die Verteilung der Umsatzsteuer und um die Verhandlungen, die zur Zeit schweben, sondern es geht in erster Linie um die politische Forderung der FDP, die Gemeinschaftsaufgaben, die Bund und Länder gemeinsam finanzieren, abzubauen und abzuschaffen.

Dieser Antrag der FDP-Fraktion ist der erste Versuch, auf der Ebene der Länderparlamente auf ein Problem hinzuweisen, das verschiedene grundsätzliche Dimensionen hat.

Es geht einmal um das verfassungspolitische Verhältnis zwischen Bund und Ländern überhaupt, es geht um die Verteilung der Aufgaben zwischen Bund und Ländern, es geht infolgedessen natürlich auch um die Verteilung der Einnahmen, also der Steuern, die aufkommen.

Es geht zweitens aber um wesentlich mehr: Es geht um mehr Transparenz für das staatliche Handeln unter dem Stichwort Mischfinanzierung, das hier einschlägig ist, unter dem Stichwort der Grauzone, die wir in verschiedenen anderen Bereichen der Zusammenarbeit zwischen den Gebietskörperschaften auch haben.

- (A) Es geht nicht zuletzt um das Selbstverständnis der Länder im Verhältnis zum Bund, und vor allem — und hier spreche ich gerade den Präsidenten dieser Bremischen Bürgerschaft an — geht es um das Selbstverständnis der Landesparlamente im Verhältnis zur Exekutive.

Es geht schließlich noch um etwas ganz Handfestes, nämlich um die Vermeidung von Nachteilen für die Küstenländer.

Sie können fragen, warum die FDP-Fraktion zu diesem Zeitpunkt dieses Thema hier zu diskutieren wünscht. Dies ist kein Schnellschuß, dies ist auch keine unüberlegte Marotte. Wir haben nämlich das Thema bereits angesprochen in der norddeutschen FDP-Fraktionsvorsitzendenkonferenz im vergangenen Jahr, wir haben es angesprochen — und das kommt in einem Beschluß dieses Gremiums zum Ausdruck — in der letzten FDP-Fraktionsvorsitzendenkonferenz auf Bundesebene. Ich habe es ferner angesprochen im FDP-Bundesfachausschuß für Finanzen und Steuern.

Für den Zeitpunkt, den Antrag jetzt einzubringen, spricht auch, daß die Beratungen über das Steueränderungsgesetz 1977 in vollem Gange sind und daß die Umsatzsteuerverteilungsverhandlungen, auf die sich Rückwirkungen ergeben müßten, wenn man diesen Weg beschreiten will, noch längst nicht abgeschlossen und sehr schwierig sind.

- (B) Man kann weiter fragen, warum ausgerechnet Bremen nach unserer Meinung eine Initiative ergreifen sollte. Wir sind das kleinste Bundesland, wir haben auch, soweit aus der bisherigen Praxis bei den Gemeinschaftsaufgaben ersichtlich, keine Nachteile erlitten, sondern womöglich sogar Vorteile gehabt. Wir dürfen uns gewiß aus allgemeinen bundespolitischen Gründen, aber auch wegen der Größe unseres Landes nicht als Beckmesser aufführen. Wir sind selbstverständlich auch nicht der Musterknabe, wir müssen mit vorsichtiger Zurückhaltung vorgehen. Das ist auch unsere Absicht.

Wir können aber, gerade weil dies so ist, unbefangener als andere Länder, die zum Teil erhebliche Vorteile, zum Teil erhebliche Nachteile aus der geltenden Regelung gezogen haben, dieses Problem angehen, das — wie gesagt — nach meiner Auffassung Dimensionen hat, die sich keineswegs nur messen lassen in Vor- und Nachteilen rein finanzieller Art.

Worum geht es? Durch die Finanzreform des Jahres 1969, teilweise verändert durch Beschlüsse im Jahr 1970, ist ein mehr oder weniger neues Instrument im Verhältnis zwischen Bund und Ländern eingeführt worden durch die Aufnahme des Artikels 91 a in das Grundgesetz. Danach wirkt der Bund bei der Erfüllung von Aufgaben der Länder mit, und zwar auf drei Gebieten — diese werden als Gemeinschaftsaufgaben bezeichnet —: Erstens, Ausbau und Neubau von Hochschulen, zweitens, Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, drittens, Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes.

- (C) Dieses Institut der Gemeinschaftsaufgaben führt zu einer gemeinsamen Finanzierung, mindestens hälftiger Mitfinanzierung dieser Aufgaben durch den Bund, spielt sich aber auch nach der Formulierung dieses Artikels 91 a ab im originären Zuständigkeitsbereich der Länder. Es heißt ja, ich wiederhole das noch einmal, daß der Bund auf den drei genannten Gebieten bei der Erfüllung der Aufgaben der Länder mitwirkt. Das ist der Sachverhalt.

Welche Folgen haben sich aus diesem Institut ergeben? Zunächst im Grundsätzlichen: Es ist festzustellen, daß durch die Art und Weise der gemeinsamen Finanzierung durch Bund und Länder im Bereich dieser Aufgaben die inhaltlichen Einflüsse des Bundes auf die konkrete Entscheidung, die auf Landesebene zu treffen ist, sich erheblich verstärkt haben, was, wie die Praktiker wissen, dazu führt, daß eigentlich das Gesetz des Handelns auf den Bund übergegangen ist, weil die Länder nämlich im Bereich dieser Aufgaben kaum noch in der Lage sind, eigene Prioritäten zu setzen.

Das ist eine Erscheinung, die meiner Meinung nach mit der gebotenen Entwicklung des kooperativen Föderalismus mittelfristig nicht mehr in Einklang steht. Die Länder müssen auch angesichts knapper Mittel imstande sein, auch auf diesen Gebieten ihre Prioritäten zu setzen und sich nicht Prioritäten von der Bundesebene in ihrem Kompetenzbereich aufoktroyieren zu lassen.

(Beifall bei der FDP)

(D) Ein zweiter negativer Effekt geht vom Entscheidungsprozeß bei den Gemeinschaftsaufgaben aus. Es findet nämlich praktisch — ich sage das überspitzt — eine parlamentarische Kontrolle in diesem Bereich nicht mehr statt. Sie wissen, daß für diese Aufgaben gemeinsame Planungsausschüsse von Bund und allen Ländern eingesetzt worden sind. Das sind rein exekutive Ausschüsse. Die Länder melden an; in den Planungsausschüssen wird beraten und entschieden, in welchem Umfang die Anmeldungen der Länder berücksichtigt werden.

Bei diesem Geschäft gibt es — von der Kenntnisnahme durch die bei uns jeweils zuständigen Deputationen abgesehen — kaum noch eine Einwirkungsmöglichkeit für die parlamentarische Ebene. Alles spielt sich im exekutiven Raum ab. Das ist für ein Landesparlament, wenn es seine Aufgaben ernst nimmt — und das tun wir, meine ich, alle —, eine höchst unbefriedigende Erkenntnis.

Zusammengefaßt: Die inhaltlichen Einflüsse des Bundes im Kompetenzbereich der Länder verstärken sich so, daß die Manövrierfähigkeit der Länder stark eingeschränkt ist. Zum anderen: Die parlamentarische Ebene hat kaum Möglichkeiten, frühzeitig darauf einzuwirken, wie Prioritäten auf diesen Gebieten gesetzt werden sollen.

Wir kennen alle die Situation bei Haushaltsberatungen, daß, wenn wir — sagen wir einmal im Hochschulbereich — eine Priorität verändern wollen zugunsten eines anderen Bereichs, uns stets entge-

- (A) gengehalten wird, das gehe nicht, denn dann ver-
lören wir 50 oder 60 Prozent an Bundeszuschüssen
für diese Maßnahmen. Das möchte keiner in Kauf
nehmen. Das führt aber dazu, daß wir innerhalb
unserer parlamentarischen Beratungen, gerade der
Haushaltsberatungen, keine Möglichkeit oder nur
noch ganz stark eingeschränkte Möglichkeiten ha-
ben, Investitionen umzusetzen. Es wird aber gerade
das Problem der nahen Zukunft sein, daß wir inso-
fern wieder disponibel werden.

Man kann sich fragen, ob dieser Vorstoß eine
Realisierungschance hat. Daß die FDP in Bund und
Ländern dafür ist, habe ich gesagt. Ich weiß, daß
die Landesregierungen eine differenzierte Meinung
zu diesem Problem vertreten. Mir liegt das Ergebnis
einer Blitzumfrage vor, wobei ich Berlin wegen der
besonderen Verhältnisse einmal ausklammere. Da-
nach möchten bislang außer Bremen drei Länder
die Gemeinschaftsaufgaben in der bisherigen Struk-
tur beibehalten. Drei Länder haben sich bereits
differenziert für die Abschaffung des Instituts der
Gemeinschaftsaufgaben ausgesprochen, und drei
weitere Länder sind noch unentschieden. Sie über-
legen, sie erwägen ähnliche Gedanken.

Angesichts dieser Situation kann man, glaube ich,
nicht sagen, daß der Vorstoß keine Chance auf Re-
alisierung hätte. Es ist geradezu erforderlich, jetzt
in die Diskussion einzusteigen, auf die Problematik
hinzuweisen und darauf aufmerksam zu machen,
daß eine Änderung verfassungspolitisch, finanzpoli-
tisch und auch parlamentarisch sinnvoll ist.

- (B) Ich darf vielleicht noch auf ein Spezialproblem
aufmerksam machen, das gerade die Küstenländer
berührt — ich habe das vorhin erwähnt —. Die
dritte Gemeinschaftsaufgabe — Agrarstruktur und
Küstenschutz — und die Praxis ihrer Finanzierung
führen in mehreren Fällen zur Benachteiligung der
Küstenländer. Wenn nämlich aus diesem gemein-
samen Topf, aus dem Agrarmaßnahmen und Küsten-
schutz finanziert werden, ein Küstenland, weil an
der Küste ein Deich gebrochen ist, einen Zuschuß
beantragt und auch bekommt, hat das in aller Regel
— da muß man sich die tatsächliche Lage vergegen-
wärtigen — zur Folge, daß dann die Länder im
Süden Deutschlands sagen: Jetzt haben die Nord-
deutschen etwas bekommen, jetzt wollen wir auch
etwas haben — obwohl in Bayern schlecht ein Deich
brechen kann, das ist jedenfalls nicht so furchtbar
häufig —.

(Zurufe von der CDU)

Ja, das ist schon vorgekommen, einverstanden!
Aber ich sage, wenn die norddeutschen Länder für
den Küstenschutz aus diesem Topf einen Beitrag be-
kommen haben, führt das in aller Regel dazu, daß
die süddeutschen Länder unter dem Stichwort Agrar-
struktur ebenfalls eine gleichgewichtige Berücksich-
tigung fordern. Das wiederum hat zur Folge, daß
die auch agrarisch strukturierten norddeutschen Län-
der Schleswig-Holstein und Niedersachsen auf die-
sem Gebiet zu kurz kommen, weil, wenn sie Agrar-
mittel beantragen, nun wieder gesagt werden kann:

Wieso, ihr habt doch aus diesem Topf gerade etwas
bekommen, wenn auch für etwas ganz anderes,
nämlich für Küstenschutz.

Also, wenn man schon nicht, und das wird in
unserem Antrag auch angesprochen, dieses Institut
— und daß das nur schrittweise angestrebt werden
kann, ist klar — beseitigen kann, dann muß man
jedenfalls zur Vermeidung von Nachteilen für die
Küstenländer dafür sorgen, daß der Topf für Agrar-
struktur und Küstenschutz getrennt wird, so daß
eine Vermischung von Interessen und Ansprüchen
nicht mehr stattfinden kann, jedenfalls nicht mehr
in dem Maß, wie wir es bisher erlebt haben.

Zum Abschluß, meine Damen und Herren: Die
FDP-Fraktion ist der Auffassung, daß die Länder
sich auch in diesem Punkt emanzipieren müssen.
Ich darf den Präsidenten des Senats aus einem
Interview zitieren, das er in seiner Eigenschaft als
scheidender Präsident des Deutschen Städtetags ge-
rade, am 5. Mai nämlich, gegeben hat. Er sagt:

„Nicht zu Rande gekommen sind wir mit der Kon-
zeption einer gerechten Verteilung der öffentlichen
Einnahmen. Es wäre doch wichtig, einmal zu fragen,
wo liegen die einzelnen Aufgaben, was muß von den
Aufgaben her gesehen dem Bund zukommen, den
Ländern und den Gemeinden? Denn alle gesell-
schaftlichen Konflikte, die zunächst nicht durch die
Städte verursacht worden sind, spielen sich heute
vor den Rathäusern ab.“

Wir gestehen ein, daß die FDP auf manchen
Gebieten der Zusammenarbeit zwischen Bund und
Ländern zentralistische Bestrebungen hat, etwa auf
dem Gebiet der Bildungspolitik wollen wir die
zentrale Komponente verstärken. Aber nicht über-
all, meine Damen und Herren, ist der Bund berufen,
Aufgaben in unserem System des Föderalismus an
sich zu ziehen. Es muß eine sorgfältige Analyse
der Aufgaben des Staats, der Aufgaben der Ge-
bietskörperschaften vorgenommen werden. Das ist
eine der wichtigen Aufgaben der Gegenwart. Das
für die FDP zu untersuchen, haben mich übrigens
Bundesfachausschuß und Fraktionsvorsitzendenkon-
ferenz federführend beauftragt. Die Aufgabe muß
von allen unverzüglich angepackt werden.

Ich halte fest: Länder und Gemeinden dürfen nicht
schleichend in ihren Kompetenzen ausgehöhlt wer-
den. Gerade unter Bezugnahme auf das eben vor-
getragene Zitat möchte ich sagen: Wer den Kopf
gegenüber der Bevölkerung hinhalten muß, der soll
auch entscheiden! Wer verantwortlich gemacht wird,
muß auch Verantwortung haben und tragen! Des-
wegen bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen!

(Starker Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Ehlers: Das Wort hat der Abge-
ordnete Klein.

Abg. Klein (CDU): Herr Präsident, meine sehr
verehrten Damen, meine Herren! Es ist grundsätz-
lich zu begrüßen, daß der Kollege Lahmann die
Frage einer Reform der Gemeinschaftsaufgaben und

(C)

(D)

(A) der Mischfinanzierung und Mischverwaltung zwischen Bund und Ländern hier aufgreift. Ich möchte aber in Beantwortung Ihrer Ausführungen, Herr Kollege Lahmann, gleich zu Anfang meinen Bedenken darüber Ausdruck geben, daß Sie versuchen, die Probleme sozusagen durch einen Kahlschlag zu lösen, indem Sie, tendenziell zumindest, in Ihren mündlichen Ausführungen noch deutlicher zum Ausdruck bringen, daß Sie die Gemeinschaftsaufgaben abschaffen möchten. Das haben Sie soeben gesagt. In Ihrem Antrag ist von Abbau die Rede.

Wir sind mit Ihnen der Auffassung, daß zwei wichtige Momente der Kritik gegen die Gemeinschaftsaufgaben, wie sie in Artikel 91 a des Grundgesetzes verankert sind, angeführt werden können. Erstens: Die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Länderhaushalte wird wegen des weitgehenden Mitspracherechts des Bundes gefährdet. Über die Bereitstellung von Bundesmitteln hat der Bund in der Praxis teilweise sogar eine Führungsrolle übernommen. Zweitens: Die parlamentarische Einflußnahme sowohl im Bundestag als auch und gerade bei den Länderparlamenten auf den Planungsprozeß ist nur gering.

Diese begründeten Momente der Kritik sind aber meines Erachtens nicht ausreichend, Tabula rasa zu machen und hinter die Finanzreform von 1969 und hinter das Gutachten der Träger-Kommission zurückzugehen mit der begründeten Gefahr, daß dann wiederum der Dschungel des Dotationswesens wuchert mit all den noch viel unzumutbareren Auflagen für die Länder und für die Gemeinden, wie wir das in den fünfziger und sechziger Jahren zu beklagen hatten.

(B)

Wir sind vielmehr der Auffassung, daß es vernünftig ist, sich auf den Boden des entsprechenden Gutachtens der Enquete-Kommission „Verfassungsreform“ zu stellen, das heißt also, Gemeinschaftsaufgaben weiterzuentwickeln, zu entmischen, die Mischfinanzierung und die Mischverwaltung möglichst abzubauen und dabei die bisher benachteiligten Länderprärogativen ausdrücklich zu stärken.

Ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich zum Ausdruck bringe, daß man den Vorschlag der Enquete-Kommission mit einer positiven Tendenz diskutieren kann, einen neuen Verfassungsartikel 28 a einzuführen, in dem es unter anderem heißen soll: „Bund und Länder können gemeinsam Aufgaben planen, die für die Entwicklung des Bundesgebiets von Bedeutung sind. Die gemeinsame Planung ist Rahmenplanung. Die Auswahl der einzelnen Vorhaben, die Einzelplanung und ihre Durchführung bleiben Aufgabe von Bund und Ländern im Rahmen ihrer Zuständigkeiten. Die gemeinsame Planung bedarf der Zustimmung des Bundes und der Mehrheit der Länder. Die Volksvertretungen des Bundes und der Länder sind zu beteiligen.“

Herr Kollege Lahmann, wir teilen also die gleiche Besorgnis, aber wir versuchen, ein anderes Mittel anzuwenden. Sie wollen die Gemeinschaftsaufgaben

abschaffen. Wir bejahen die Mitkompetenz des Bundes wegen des auch wohl verfassungsmäßig anzuerkennenden Interesses des Bundes an der Herstellung gleichmäßiger Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik, wollen aber dabei sowohl die Finanzierung als auch die Verwaltung entmischen und gleichzeitig die Prärogative der Länder sowohl exekutiv als auch legislativ deutlicher herausstellen.

Das ist der zur Zeit festzustellende — bei Beginn dieses Diskussionsprozesses festzustellende — sachliche Dissens zwischen Ihnen und uns, so daß wir im Augenblick bei Anerkennung Ihres Ansatzes nicht imstande sind, Ihrer Vorlage zuzustimmen. Dafür werden Sie Verständnis haben.

Es gibt aber, Herr Kollege Lahmann, auch noch einige, wenn man sich auf den Boden Ihrer Auffassung stellt, kritische Punkte, zu denen Sie noch nicht Stellung genommen haben. Dabei gehe ich von Ihrem Antrag aus. Sie haben zum Beispiel nicht Stellung genommen zu der in Ihrem Antrag unterstellten Erklärung, bei Wegfall der Gemeinschaftsaufgaben könnte das Land einen Ausgleich erhalten durch einen höheren Umsatzsteueranteil.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz)

Das klingt gut, aber bei näherem Hinsehen wird es problematisch, zunächst einmal, was die politische Verhandlungsposition angeht. Sie wissen, daß der Bund in diesem Jahr von den Ländern eine Neuverteilung der Umsatzsteuer erwartet und verlangt hat und dabei sogar mehr wollte als bisher, und zwar einen Mehrbetrag von 8,6 Milliarden DM.

(D)

(Abg. Lahmann [FDP]: Ebenso die Länder!)

Er ist durchaus — sehe ich einmal von der Umsatzsteuererhöhung völlig ab, das ist jetzt nicht mein Thema — in der Lage, mit entsprechenden Pressionen und Pressionsversuchen einen Teil einer solchen Forderung zu realisieren. Das ist auf jeden Fall eine gefährliche Situation. Wenn man in eine solche Lage eine Erhöhungsforderung von seiten der Länder einführt, kann es zu Schwierigkeiten kommen, und es kann dazu kommen, daß man unter dem Strich nicht das bekommt, was man sich wünscht.

Zweiter politischer Punkt: Ihre Kollegen in der Bundesregierung, wenn ich so sagen darf, haben sich mit der SPD dahin verständigt, ein Investitions-zukunftsprogramm aufzulegen. Wir haben in Bonn gehört, daß das auch schon in die Finanzplanung eingeflossen ist im Umfang von rund 16 Milliarden DM. Es ist nicht mehr ein Konjunkturprogramm, weil die Konjunktur, obwohl sie nicht so richtig läuft, eigentlich laufen mußte, sondern man nennt es jetzt Programm zur Sicherung der Zukunftsinvestitionen. Es sind natürlich auch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sehr wesentlich dabei. Bei diesem Programm haben

- (A) wir es zu tun in einer Größenordnung von 9,1 Milliarden DM mit Mischfinanzierungsaufgaben, also auch Zentral-Gemeinschaftsaufgaben.

Eine Berücksichtigung Ihres Antrags würde bedeuten, daß man sozusagen diesem Programm den Boden unter den Füßen wegzieht — wie Sie das politisch machen und verkraften wollen, ist allerdings nicht mein Problem —, aber es beeinträchtigt doch etwas die politische Schlüssigkeit, in diesem Augenblick bei Auflage eines solchen Programms einen solchen Vorschlag zu unterbreiten.

Hinzu kommt folgendes: Ich habe vom Bundesfinanzministerium eine Aufstellung bekommen, und die Richtigkeit dieser Angaben ist von der hiesigen bremischen Finanzverwaltung nicht bestritten worden. Danach ist folgendes festzustellen: Wenn man für die Jahre 1972, 1973, 1974 die Gemeinschaftsaufgaben beseitigt, also so tut, als seien Zuweisungen vom Bund auf Gemeinschaftsaufgaben nicht erfolgt, und den nach der Rechtslage des vertikalen Finanzausgleichs dann fälligen erhöhten Anteil an der Umsatzsteuer einrechnet, dann stellt sich für Bremen heraus, daß wir im Jahr 1972 einen Verlust von 5,1 Millionen DM erlitten hätten und im Jahr 1974 einen Verlust von 16,348 Millionen DM.

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Da haben Sie aber den horizontalen Finanzausgleich nicht einbezogen!)

- (B) Nein, ich gehe jetzt nur von Ihrem Antrag aus, den Wegfall der Gemeinschaftsaufgaben auszugleichen durch die Erhöhung des Umsatzsteueranteils.

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Das hat doch Einflüsse auf den horizontalen Finanzausgleich!)

Herr Kollege Lahmann, lassen Sie mich diesen Gedanken ausführen!

Sie müssen beweisen bei diesem Antrag — Sie haben dafür die Darlegungs- und Beweislast —, daß die entsprechende Erhöhung des Umsatzsteueranteils nun auch zumindest den Besitzstand wahrt, und genau das ist problematisch.

Übrigens hat das auch dazu geführt, daß das niedersächsische Kabinett von dem Punkt der Koalitionsvereinbarungen „Abbau der Gemeinschaftsaufgaben“ abgerückt ist. Wir haben ganz frische Informationen aus dem niedersächsischen Finanzministerium — ich kann sie Ihnen nachher einmal im einzelnen zeigen —, daß man also von diesem Punkt abrückt, weil man beim Vollzug dieses Punktes „Abbau der Gemeinschaftsaufgaben“ selbst bei entsprechender Erhöhung des Anteils der Umsatzsteuer weniger hat als bisher, den Besitzstand nicht halten kann. Das liegt daran — und das ist ein bißchen kompliziert —, daß nicht alle Gemeinschaftsaufgaben, nicht alle Zuschüsse zu Gemeinschaftsaufgaben finanzausgleichswirksam sind nach dem derzeitigen Ausgleichsrecht.

(C) Dazu haben Sie überhaupt nichts gesagt, Herr Kollege Lahmann, und ich wollte Sie anregen, das zu tun. Meinetwegen können Sie mich widerlegen, das ist eine komplizierte Sache, aber dazu gar nichts zu sagen, schien mir eine Lücke zu sein.

Dann muß noch erwähnt werden, daß Sie in punkto Küstenschutz offenbar von einem falschen Sachverhalt ausgegangen sind. Sie wollen, daß die Mittel für Küstenschutz und Agrarmaßnahmen getrennt im Bundeshaushalt geführt werden. Das ist zunächst einmal eine formale Sache. Zur Zeit sind sie im Agrarhaushalt zusammengeführt, ein einheitlicher Titel, ich glaube, von 1,2 Milliarden DM.

Man muß sich dabei aber fragen, ob zur Zeit bremisches Interesse bei einer Ressortierung in einem Fonds gefährdet ist. Und nun stellt sich heraus, daß das nicht der Fall ist und daß unsere Lage sogar besser ist als bei den anderen Ländern. Warum? Weil hier für Bremen vom Bund eine sogenannte Stadtstaatenklausel anerkannt worden ist, das heißt, wenn wir Mittel des Küstenschutzes anmelden, werden diese vorab, ohne Berücksichtigung der Anforderungen aus Agrarstaaten — wenn ich so sagen darf — oder Küstenflächenstaaten, bewilligt. Wir haben also in diesem Punkt die Nase vorn.

Herr Kollege Lahmann, Sie sind ein bremischer Politiker, und ab und zu höre ich — wir meinen öffentlich, nicht intern —, daß die CDU-Politiker nicht so bremisch, manchmal sogar unbremisch seien. Deswegen erlaube ich mir also den Appell — —

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Das war ein Zitat von Koschnick!)

(D) Nein, ich höre das auch manchmal von Ihnen! Ob Sie mich damit meinen, weiß ich nicht, aber Sie meinen auf jeden Fall die CDU. Deswegen erlaube ich mir den Appell, doch bei einer solchen ins Fleisch schneidenden Forderung auch daran zu denken, daß Sie diese Stadtstaatenklausel nicht im Interesse von Flächenstaaten gefährden, denn insoweit, was Küstenschutz angeht, Herr Kollege, sitzt meiner Fraktion, und ich glaube, auch Ihnen, das Hemd näher als der Rock,

(Beifall bei der CDU)

und allein deswegen lehnen wir den letzten Absatz Ihres Antrags ab.

Wir sind also bereit, über die Frage der Reform der Gemeinschaftsaufgaben mit Ihnen bündig, schlüssig zu diskutieren, auch mit dem Willen zu Ergebnissen, wir haben aber den Ausgangspunkt, daß wir die Bundesmitkompetenz aufrechterhalten wollen, also wir wollen nicht die Gemeinschaftsaufgaben abschreiben.

Wir wollen darüber hinaus, und das haben Sie in Ihrem Antrag völlig übersehen, daß der übrige Mitfinanzierungs- und Mitverwaltungsbereich, nämlich der Artikel 104 a Absatz 4 des Grundgesetzes — sozialer Wohnungsbau, Krankenhausfinanzierung, Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse auf

- (A) dem Gebiet des Straßenverkehrs und so weiter, da ist dieselbe Problematik der Präjudizierung von Länderinteressen und Länderaufgaben durch den Bund —, daß das in diese reformatorischen Überlegungen mit einbezogen wird, und insoweit können wir Ihnen dann vielleicht auch noch ein bißchen auf die Sprünge helfen,

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Brauchen Sie nicht, Herr Kollege!)

aber Bundeskompetenzen hier zu ignorieren, halten wir für außerordentlich problematisch. Wir wollen nicht mehr den Wildwuchs und den Dschungel der Dotationsauflagen der fünfziger und sechziger Jahre. Haben Sie Verständnis dafür, daß wir zur Zeit Ihren Vorstellungen nicht entsprechen können und die Vorlage ablehnen müssen!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Scherf.

Abg. **Dr. Scherf** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben es mit einem sehr schwierigen, aber sehr wichtigen Antrag zu tun, der, soweit ich feststellen konnte, noch keine Parallelberatungen in der Bürgerschaft, auf die man zurückgreifen könnte, hatte. Darum ist es vielleicht besonders lobenswert, daß dies hier vorgetragen worden ist. Ich finde es richtig, daß ein Landtag sich mit einer so komplexen Materie wie den Gemeinschaftsaufgaben befaßt.

(B)

Ich muß nun allerdings nach den beiden Reden, die hier gehalten worden sind, sagen, daß ich seit meinem Eintritt in die Bürgerschaft zum ersten Mal in der delikaten Lage bin, daß ich fast jedes Wort, das Herr Klein gesagt hat, inhaltlich unterstreichen kann. Ich finde es ausgezeichnet, was er hier gesagt hat, sachlich berechtigt und nach meiner Meinung gar nicht zu überbieten. Ich habe also nun die Schwierigkeit, entgegen meiner sonstigen Neigung mich just mit Herrn Lahmann auseinandersetzen zu müssen, obwohl ich es lieber anders gemacht hätte.

(Heiterkeit)

Herr Lahmann, kurz einige Bemerkungen noch von mir, nicht mit dem Anspruch, daß ich nun noch Richtigeres sagen könnte! Sie beide haben sehr zutreffende Ausführungen gemacht. Ich glaube — einmal bei Taktischem angefangen —, wir haben gegenwärtig einen denkbar ungünstigen Zeitpunkt zur Diskussion dieser Fragen. Wenn Sie einmal die schwierige Prozedur sich vergegenwärtigen, in der die von unseren beiden Parteien getragene Bundesregierung zur Zeit bemüht ist, das sogenannte Steuerreformpaket des Jahres 1977 über die Runden zu bringen, dann wird mir angst und bange bei der Vorstellung, dies nun noch mit dem Problem der Gemeinschaftsaufgaben zu befrachten. Ich habe im Gegenteil den Eindruck, daß wir zur Zeit Augenzeugen eines Prozesses sind, in dem ein zunächst sehr lautstark begonnenes Reformwerk immer weiter zurück-

geschnitten wird, und manchmal möchte ich gar nichts mehr mit dem zu tun haben, was da gegenwärtig als Reformpaket gehandelt wird. (C)

In dieser Lage sich mit einer neuen Initiative zu beteiligen, ist taktisch — nach meiner Meinung — ein ganz ungünstiger Zeitpunkt. Wir werden bei unseren beiden Fraktionen — so habe ich den Eindruck — und auch bei der Oppositionsfraktion in Bonn wenig Resonanz finden für eine solche Initiative im jetzigen Zeitpunkt. Ich teile die Meinung von Herrn Klein dazu.

Ich muß auch darauf hinweisen, daß das eine Verfassungsänderung zur Folge hätte, die eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag verlangt, da es sich darum handelt, den Artikel 91 a des Grundgesetzes zu ändern. Diese Verfassungsänderung ist gegenwärtig überhaupt nicht vorbereitet. Sie ist aber bei den Mehrheitsverhältnissen im Bundestag nur über eine ganz gründliche Vorbereitung zu erreichen.

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Das ist der Beginn einer Vorbereitung!)

Jetzt zu der Frage, ob wir Bremer uns auszeichnen könnten, diese Diskussion zu beginnen! Ich glaube, zu all dem, was Herr Klein gesagt hat — das richtig ist und von mir unterstrichen wird —, wäre noch hinzuzufügen, daß die Bremer verfassungspolitisch nach meiner Einschätzung in der Vergangenheit einen klugen Grundsatz berücksichtigt haben. Sie haben immer dann, wenn es um die Gesamtprobleme ging, klugerweise gemeint, nicht als Vorreiter auftreten zu sollen, sondern die bremischen Interessen dadurch wahrzunehmen, daß sie sozusagen in Bundesfreundlichkeit ihre drei Stimmen mit in das Verhandlungspaket eingebracht haben.

(D)

Wir haben, glaube ich, was die Verteilung der Umsatzsteuer, aber insbesondere die Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben betrifft, als Bremer eine ausgesprochen schwache Position. Selbst wenn etwas anderes herauskäme, als Herr Klein mit Recht befürchtet, selbst wenn — wollen wir einmal unterstellen — unsere drei Fraktionen sich einigen und sagen würden, wir machen etwas für Bremen Günstiges, wir machen eine Initiative, die unter dem Strich nicht weniger, sondern mehr für Bremen bringt — ich unterstelle allen, daß sie dies mitmachen würden —, ist die Frage, ob die Wahrscheinlichkeit, dies durchzusetzen, dadurch größer wird, daß wir es just jetzt anfangen.

Ich glaube, gerade was das Einführen und das Verwalten oder das Durchführen der Gemeinschaftsaufgaben betrifft, beweist es sich, daß Bremen gut damit fährt, wenn es an den Interessenkonvoi der übrigen Länder eigene partielle Interessen mit anbindet.

Das Zusammenziehen von Agrarstruktur und Küstenschutz ist — ich habe ähnliche Rechnungen wie Sie, Herr Klein, zu Gesicht bekommen — unter dem Strich bisher erwiesenermaßen günstig für Bremen gewesen. Ich habe die große Sorge, wenn wir das auflösen, daß wir dann ganz allein oder vielleicht mit Hamburg zusammen stehen und gar nicht mehr dar-

- (A) auf rechnen können, daß wir weiterhin gut wegkommen.

Ich wollte aber trotzdem nun nicht einfach nur nein sagen, Herr Lahmann, weil ich das schade finde bei einem so ambitioniert vorbereiteten und auch im Grunde wichtigen Thema. Ich glaube, man muß in Ihrem Antrag erkennen, daß Sie sagen, ich möchte gern um der Bedeutung dieses Parlaments willen, auch um der Bedeutung des Föderalismus willen diese Frage der Selbständigkeit oder der Autonomie und Entscheidungskompetenz der Landtage und der Länderregierungen auf der Tagesordnung halten.

Ich finde das verfassungspolitisch richtig. Ich halte den Föderalismus nicht für eine schlechte Regelung, sondern für eine zu verteidigende Regelung. Ich bin allerdings gerade was die Finanzaufteilung betrifft der Auffassung, daß die Abhängigkeiten von Zentralinstanzen, besonders von der Zentraladministration, ähnlich wie Herr Klein das gesagt hat, nicht geringer werden, wenn wir darauf angewiesen sind, Mal für Mal, Objekt für Objekt um Finanzierung zu kämpfen. Das, was er Dotationsprinzip genannt hat, ist in der Praxis mindestens so delikat, mindestens so kritikbedürftig wie das, was wir gegenwärtig praktizieren.

Wenn ich dann noch sehe, daß ein wesentlicher Teil inzwischen auf die vierte Ebene verlagert wird, auf die europäische Ebene, dann überlege ich mir, wo die Länderinteressen bleiben, wenn nun nicht nur mit Bundesinteressen, sondern auch mit europäischen Interessen zu arbeiten ist. Es ist doch, glaube ich, die Politik aller drei Fraktionen, daß zusätzliche Kompetenz dahin verlagert wird, und wir brauchen als Handelsstadt auch eine offensive europäische Politik.

- (B) Unter diesen Gesichtspunkten sind die Finanzierungsverteilungsvorgänge taktisch anders einzuschätzen. Ich glaube, da wird der verfassungspolitische Grundsatz, den Sie vorgetragen haben, den ich lobenswert und unterstützenswert finde, gerade an einem Punkt konkretisiert, bei dem ich für die Länder- und Gemeindefinanzen große Sorge habe.

Ich möchte noch ein paar Anmerkungen machen, einfach um dem Haus klarzumachen, daß ich mich auch mit dieser Materie beschäftigt habe. Ich glaube, daß gerade die Praxis des letzten großen Investitionsprogramms und dessen politische Durchsetzung in Bonn beweist, daß Länder wie Bayern und Baden-Württemberg aus materiellem Interesse — das ist meist der Grund für eine solche Länderposition —, aber auch aus verfassungspolitischen Gründen sich bundesregierungsfeindlich verhalten haben.

Ich habe mir lange überlegt, was steht da eigentlich auf dem Spiel, um was kämpfen die eigentlich. Es sind nicht nur abstrakte föderale Rechte —

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Die eigene Bundesregierung!)

die eigene Bundesregierung, ich weiß wohl! —, sondern sie haben konkrete Interessen dort wahrgenommen, und wir Bremer waren — zu Recht, sage ich —

- (C) gerade auch bei diesem Programm bemüht, auf den verschiedenen Ebenen, auf denen das verhandelt worden ist, eingebunden zu sein in das übrige Bundeskonzept und uns eben nicht wie Bayern und Baden-Württemberg herauszuwagen in dieser Diskussion.

Ich würde wirklich ungemein ungern zitiert werden, Herr Lahmann, daß ich nun nachträglich mich sozusagen auf das bayerische und das baden-württembergische Pferd gerade in dieser Frage setze und dann offen als Bremer sage, dies ist das letzte Mal gewesen, daß das so läuft, dies darf nicht mehr so laufen. Ich glaube, wir kämen da beide — Sie und ich und unsere beiden Fraktionen — in die verkehrte Ecke.

Ich bin nicht so informiert worden, wie Sie offenbar informiert worden sind. Es gibt nach meinen Nachfragen keine Kabinettsmeinung der Länderregierungen über die Neuorganisation der Gemeinschaftsaufgaben in den Ländern. Die Bremer Landesregierung hat sich in diesem Punkt zum Beispiel noch nicht erklärt. Es gibt offenbar auf Referentenebene ein Abtasten. Weil das allerdings ein hochpolitisches Thema ist, ist die Meinung der Referenten nicht die ausschlaggebende, sondern die Kabinette werden sich in dieser Sache ganz gründlich überlegen, wie sie zu votieren haben, wenn das wirklich auf den Tisch kommen sollte.

Ich habe den Eindruck, daß mit Ausnahme der beiden Regierungen von Bayern und Baden-Württemberg aus allgemeinen politischen und verfassungspolitischen Gründen alle übrigen Landesregierungen bisher nicht eine Revision der Gemeinschaftsaufgaben angehen wollen, sondern sehr wohl interessiert sind, die gegenwärtige Praxis, sorgfältig modifiziert — sie ist ja auch vielfach modifiziert worden — fortzusetzen.

Ein Letztes, auch um es versöhnlich zu machen! Wir Sozialdemokraten haben uns in den letzten Jahren mit der Verfassungenquete beschäftigt. Wir haben einen eigenen Ausschuß gehabt. Wir sind der Auffassung — ohne daß das eine letzte Meinung ist —, daß vieles von dem, was diese Enquete-Kommission vorgeschlagen hat, sehr diskussionswürdig und sehr seriös ist.

Wir haben allerdings, Herr Klein, vielleicht ein bißchen zurückhaltender als Sie die Einschätzung, daß nun auch da nicht gerade wir Bremer sagen sollten, wir machen uns zu den Fahnenträgern dieser Arbeit, weil immer im Hintergrund auch die Selbständigkeit Bremens Teil einer generellen Verfassungsneuordnung werden könnte. Dies will nun wirklich keiner in diesem Land, daß wir uns selbst — weil wir offenbar sonst nichts zu tun haben — über die Hintertreppe wieder eine Länderneugliederungsdiskussion ins Haus holen, die, über die Finanzierung begonnen, dann womöglich bei der Neuregelung endet.

Von daher haben wir sehr wohlwollend — auch als Bürgerschaftsfraktion — diese Enquete-Kommis-sionsvorschläge verfolgt. Ich finde auch die Finan-

(C)

(D)

- (A) zierungsvorschläge sehr beachtenswert, sehr seriös, sehr bedenkenswert. Ich würde aber ungern in den Geruch kommen, daß nun gerade wir uns zum Bannerträger dieser Initiative machen. Ich würde es aus vielerlei Gründen für bremisch halten, wenn wir uns hier in das zweite Glied begeben. Darum bitte ich um Ablehnung dieses Antrags!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag Drucksache 9/502 zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag). Wir setzen die Beratungen um 14.30 Uhr fort.

(Unterbrechung der Sitzung 12.52 Uhr)

*

- (B) **Präsident Dr. Klink** eröffnet die Sitzung wieder um 14.30 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Einrichtung von Unterhaltsvorschußkassen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 11. Mai 1977
(Drucksache 9/503)

Die Fraktion der FDP hat eine Neufassung ihres Antrags Drucksache 9/503 eingebracht.

Der Antrag trägt die Unterschriften der Abgeordneten Gisela Hüller, Lahmann und Fraktion der FDP. Er liegt den Abgeordneten im Wortlaut vor.

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert, der Bürgerschaft darüber Bericht zu erstatten, wie viele Fälle, in denen sich Unterhaltspflichtige ihrer Zahlungspflicht gegenüber Kindern entziehen, es in Bremen gibt und welche finanziellen Belastungen entstehen würden, wenn in allen in Betracht kommenden Fällen ein Unterhaltsvorschuß aus einer staatlichen Unterhaltsvorschußkasse entsprechend dem Unterhaltsregelsatz gezahlt würde.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich dafür aus, nach Prüfung Unterhaltsvorschußkassen einzurichten.

Die Beratung ist eröffnet.

Wir haben uns eine Redezeit von bis zu zehn Minuten je Fraktion vorgenommen.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Hüller. (C)

Abg. Gisela Hüller (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Anlässlich der letzten sozialpolitischen Debatte hier im Hause habe ich bereits ausgeführt, daß die FDP ihre Bemühungen, Unterhaltsvorschußkassen einzurichten, auch in Bremen fortsetzen wird, wie sie es auf Bundesebene angekündigt hat. Es ist eine Forderung aus dem „Programm zur Gleichberechtigung in einer liberalen Gesellschaft“ von 1972.

Die Freien Demokraten legen der Bürgerschaft diesen Antrag vor mit dem Ziel, Unterhaltsvorschußkassen einzurichten, die nichtehelichen Kindern und Kindern aus geschiedenen Ehen einen Mindestunterhalt garantieren, wenn die Unterhaltspflichtigen ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. Bei einem Ausfall des Unterhalts durch den anderen Elternteil entstehen oft Situationen, die ohne äußere Hilfe nicht behoben werden können. Den alleinstehenden Müttern oder auch den Vätern, denn deren Zahl wird auch immer größer, soll mit dieser staatlichen Vorleistung der zeitraubende und mühsame Instanzenweg abgenommen werden, der mit einer Unterhaltsklage vor Gericht verbunden ist und selten Aussicht auf Erfolg hat.

Die Unterhaltsvorschußkasse ist keine Sozialhilfeleistung, das möchten wir ausdrücklich betonen. Sie soll sich nicht an Einkommensgrenzen oder Bedürftigkeit orientieren, und die Gewährung des Unterhalts soll nicht davon abhängig werden, ob andere unterhaltspflichtige Verwandte, wie zum Beispiel die Großeltern, vorhanden sind. (D)

Meine Damen und Herren, statistische Untersuchungen in Hamburg haben gezeigt, daß die Mehrzahl aller alleinerziehenden Elternteile mit den Kindern in einfachen und finanziell ungesicherten Verhältnissen lebt.

Die öffentlichen Unterhaltsleistungen sollen Vorschüsse des Staates auf den ausbleibenden Unterhalt des säumigen Elternteils darstellen, dessen Unterhaltspflicht dadurch nicht berührt wird. Es ist selbstverständlich, daß diese Unterhaltsvorschüsse, die der Staat leistet, von den zum Unterhalt Verpflichteten zurückgezahlt werden müssen. Die Zahlung der Unterhaltsvorschüsse — das sind unsere Vorstellungen — soll den Jugendämtern übertragen werden, die ihrerseits auch die Pflicht haben sollen, diese Kosten wieder einzutreiben.

Dabei müssen wir sicher davon ausgehen, daß ein Teil der geleisteten Vorschüsse verlorengehen wird. Ich meine, das müssen wir aber im Interesse der betroffenen Kinder auf uns nehmen. Wir erwarten von diesem Haus die Zustimmung zu dieser politischen Zielsetzung. Das möchten wir zunächst einmal mit unserem Antrag erreichen.

Bevor wir darüber entscheiden, in welcher Form, für welchen Kreis, in welcher Höhe, ob in Form eines Modellversuchs oder gleich für alle Betroffenen diese Unterhaltsvorschußkassen eingerichtet werden sollen, soll der Senat prüfen, wie groß die Anzahl

(A) der Betroffenen ist. Nach Vorliegen der Antwort werden wir uns dann mit diesem Thema noch einmal zu beschäftigen haben, um festzulegen, ob wir wie in Hamburg zunächst mit einem Modellversuch beginnen oder ob wir in der Lage sind, diese Unterhaltsvorschußkassen bereits für alle einzurichten.

Unsere Tendenz ist, das sage ich ganz offen, die Unterhaltsvorschußkassen für alle einzurichten, aber auch wir sind selbstverständlich davon abhängig, ob die finanziellen Möglichkeiten gegeben sind, dies durchzusetzen. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Stuchlik.

Abg. Marlis **Stuchlik** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich für die SPD-Fraktion mein Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, daß die FDP-Fraktion nicht bereit war, diesen Antrag bezüglich der Unterhaltsvorschußkassen mit der SPD gemeinsam einzubringen.

(Abg. **Lahmann** [FDP]: Wir hatten ihn aber schon eingebracht!)

Wir hatten Ihnen aber, Herr Lahmann, angeboten, ihn gemeinsam einzubringen!

(Abg. **Lahmann** [FDP]: Da lag er schon vor!)

(B)

Die FDP-Fraktion hat lediglich die Vorschläge der SPD-Fraktion aufgegriffen und in der nun vorliegenden Neufassung die Absätze 1 und 2 ausgetauscht und den Formulierungsvorschlag der SPD-Fraktion hineingenommen, daß nach Prüfung durch den Senat diese Unterhaltsvorschußkassen eingerichtet werden.

Die SPD-Fraktion, Frau Hüller, stimmt diesem Antrag zu, so daß Ihre gestrige Aussage, Sie wären es gewohnt, daß die SPD Ihre Anträge ablehne und zu einem späteren Zeitpunkt als ihre eigenen wieder vorlege, hier nicht zutrifft.

(Abg. **Lahmann** [FDP]: Sehr gut, sehr erfreulich! — Abg. **Gisela Hüller** [FDP]: Es gibt gewisse Ausnahmen!)

Das Problem der Unterhaltsvorschußkassen ist in meiner Partei seit längerer Zeit in der Diskussion. Aktuell wurde dieses Anliegen für uns, nachdem durch die Gründung des Bremer Verbandes für alleinstehende Elternteile gerade die Frage des Unterhalts für Kinder als besonders dringliches Problem herausgestellt wurde.

Die Einrichtung dieser Vorschußkassen soll bewirken, daß alleinstehende Elternteile mit Kindern, die vom Unterhaltsverpflichteten keinen Unterhalt erhalten, bis zur erforderlichen laufenden Unterhaltszahlung der Verpflichteten vom Staat eine Vorschußzahlung beziehungsweise eine Ersatzleistung erhal-

ten. Wenn also der zum Unterhalt Verpflichtete nicht leistet, tritt der Staat ein. (C)

Bei alleinstehenden Elternteilen handelt es sich zum großen Teil um Mütter, und diese sind, wenn es ein nichteheliches Kind ist und auch wenn es sich um Kinder handelt, die während oder nach der Scheidung Unterhalt haben müssen, besonderen Belastungen ausgesetzt, einmal durch die Betreuung, die Versorgung, durch die erforderliche Haushaltsführung und auch durch eine eventuelle Erwerbstätigkeit.

Wenn in einer solchen Situation die Unterhaltsicherung für das Kind nicht gewährleistet ist und durch äußere Unterstützung nicht erleichtert werden kann, entstehen für den Erziehungsberechtigten — gleich, ob Vater oder Mutter — zusätzliche unlösbare Schwierigkeiten. Die Vorschußkasse soll diese Schwierigkeiten und diese Krisensituation lindern helfen.

Die Einrichtung von sogenannten Unterhaltsvorschußkassen ist zur Zeit noch als Neuland zu bezeichnen. Nur Hamburg hat im Moment eine solche Vorschußkasse, und zwar ab 1. 1. 1977, eingerichtet. Sie leistet für Kinder, die ab 1. 1. 1977 geboren wurden beziehungsweise geboren werden, und zur Zeit nur bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres. Diese Regelung ist in Hamburg sicherlich deshalb gewählt worden, weil erst nach acht Monaten ein Blutgruppengutachten vorgelegt werden und erst nach drei Jahren ein erbbiologisches Gutachten erstellt werden kann.

Wie in Hamburg sollten auch die Bestrebungen des Bremer Senats dahin gehen, Unterhaltsvorschußleistungen zunächst aufgrund von Verwaltungsvorschriften zu ermöglichen und eine gesetzliche Grundlage später nachfolgen zu lassen. Ein solches Verfahren würde zusätzlichen Verwaltungsaufwand vermeiden und die Mindestunterhaltssicherung der anspruchsberechtigten Kinder nicht unnötig verzögern. Sicherlich ist es so, daß die Feststellung der nichtehelichen Kinder aufgrund der vorliegenden Amtsvormundschaft beziehungsweise Amtspflegschaft leichter sein wird, aber auch für die Kinder aus geschiedenen Ehen oder von Elternteilen, die in Scheidung leben, soll diese Leistung in Frage kommen, was für sie eine große Erleichterung bringen wird. (D)

Hier gibt es keine Meinungsverschiedenheiten, Frau Hüller, Sie sind unserer Auffassung. Es soll sich bei diesen Unterhaltsvorschußleistungen nicht um Sozialhilfeleistungen nach dem BSHG handeln, da wir meinen, daß die Beachtung der Einkommengrenze oder das Zurückgreifen auf andere unterhaltspflichtige Verwandte dem Ziel, das mit dieser Einrichtung von Unterhaltsvorschußkassen erreicht werden soll, entgegenstehen würde.

Die Prüfungsaufforderung an den Senat sollte schnellstmöglich erfüllt werden, um auch in Bremen unverzüglich ein Anlaufen dieser Unterhaltsvorschußleistungen zu ermöglichen.

Mit der Erfüllung dieses Anliegens würde übrigens gleichzeitig die Aussage des Bundeskanzlers Helmut Schmidt in der Regierungserklärung 1976 in die Tat

- (A) umgesetzt, in der es heißt — ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren —: „Wir möchten die Unterhaltsleistung für Kinder von alleinstehenden Erziehungsberechtigten sichern.“ Außerdem würde die Feststellung des Bundeskanzlers unter Beweis gestellt, die besagt — ich darf noch einmal zitieren —: „Der Staat schafft Voraussetzungen dafür, daß sich der einzelne in wichtigen Lebensfragen auf die Solidarität der staatlichen Gemeinschaft verlassen kann.“

Außerdem stimmen wir Sozialdemokraten Ihrem Antrag, den wir gern mit unterschrieben hätten, zu, indem wir mit der Verwirklichung dieses berechtigten Anliegens der Betroffenen unsere Aussage im Bremen-Plan für 1975 bis 1979, die allerdings jederzeit gilt, bestätigen, in dem wir gesagt haben — vielleicht darf ich noch einmal zitieren —:

„Wir wollen den wirtschaftlichen Fortschritt unserer Gesellschaft durch eine Politik ergänzen, die durch eine Vielzahl von Angeboten und Maßnahmen die Möglichkeiten des einzelnen fördert zu einer gerechten Teilhabe an den Leistungen der Gesellschaft und zur Verbesserung der Qualität des Lebens. Darüber hinaus wollen wir ihm die solidarische Hilfe der Gesellschaft sichern.“

- (B) Ein solcher Notfall ist nach Ansicht der SPD für einen alleinstehenden Erziehungsberechtigten vorhanden, wenn der Unterhaltsverpflichtete nicht leistet, und da soll — so die SPD — die solidarische Hilfe der Gesellschaft, hier durch die staatliche Leistung von Unterhalt, gesichert werden. Wir stimmen deshalb dem FDP-Antrag zu. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Ehlers.

Abg. Ehlers (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf vorausschicken, daß wir es begrüßen, daß die FDP-Fraktion eine Neufassung ihres Antrages vorgelegt hat. Wir hätten, wenn es bei der alten Fassung geblieben wäre, eine Überweisung an die Deputation für Jugendhilfe empfohlen. Das scheint mir jetzt nicht sehr sinnvoll zu sein, da wir nun zunächst den Senat auffordern, einen Bericht vorzulegen, was ja auch logischer ist, um anschließend Konsequenzen aus diesem Bericht zu ziehen.

Die Zielsetzung dieses Antrags wird auch von meiner Fraktion unterstützt. Wir haben in Erfahrung gebracht, daß rund die Hälfte der Zahlungspflichtigen ihrer Verpflichtung nicht nachkommt, daß ein Drittel der Zahlungspflichtigen überhaupt nicht daran denkt zu zahlen und der Rest nur sehr unregelmäßig dieser Verpflichtung nachkommt. Insofern scheint es sinnvoll zu sein, auf diesem Gebiet etwas zu unternehmen. Wie gesagt, meine Fraktion unterstützt diese Initiative.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag Drucksache 9/503, und zwar in der Neufassung, zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag einstimmig zu.

(C)

Anderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft (Tagesordnung); Aufhebung der Immunität

Dringlichkeitsantrag der Mitglieder des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses vom 23. Mai 1977 (Drucksache 9/514)

D a z u

Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses vom 23. Mai 1977

(Drucksache 9/515)

Die dringliche Behandlung des Antrags hat die Bürgerschaft (Landtag) zu Beginn ihrer gestrigen Sitzung beschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) hat dem Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß durch Beschluß vom 24. Juni 1976 einen Antrag der CDU-Fraktion vom 13. Mai 1976 — Drucksache 9/192 — zur Beratung und Berichterstattung überwiesen.

(D)

Als Ergebnis seiner Beratung legt der Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß unter der Drucksachen-Nummer 9/514 einen eigenen Antrag vor, der sich mit der Aufstellung der Tagesordnung einerseits und der parlamentarischen Behandlung von Kleinen Anfragen andererseits befaßt.

Die CDU-Fraktion hat inzwischen ihren Antrag mit der Drucksachen-Nummer 9/192 zurückgezogen.

Ferner bittet der Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß in seinem Antrag, den Beschluß der Bürgerschaft vom 17. 3. 1976 hinsichtlich der Aufhebung der Immunität von Abgeordneten zu ändern.

Die Begründungen für die vom Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß vorgeschlagenen Änderungen sind im Bericht Drucksache 9/515 gegeben.

Ich möchte an dieser Stelle noch darauf hinweisen, daß Artikel 3 des Antrags der Mitglieder des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses wie folgt richtig heißen muß:

„Diese Änderungen treten am 31. Mai 1977 in Kraft.“ Die nächste Bürgerschaftsvorstandssitzung zur Aufstellung der Tagesordnung ist nämlich am 1. Juni 1977. Ich bitte, Ihre Vorlage entsprechend zu berichtigen.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

- (A) Wer dem Antrag der Mitglieder des Verfassungs- und Geschäftsausschusses, Drucksache 9/514, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

(B)

- (C) Außerdem nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsausschusses Kenntnis.

Meine Damen und Herren, wir haben uns an den Zeitplan sehr gut gehalten. Er ist sogar vorzeitig erfüllt. Ich bedanke mich insbesondere bei den Mitgliedern aus Bremerhaven. Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg und angenehme Pfingstfeiertage.

Ich schließe die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

(Schluß der Sitzung 14.45 Uhr)

(D)

